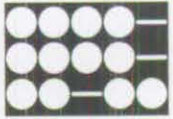


Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

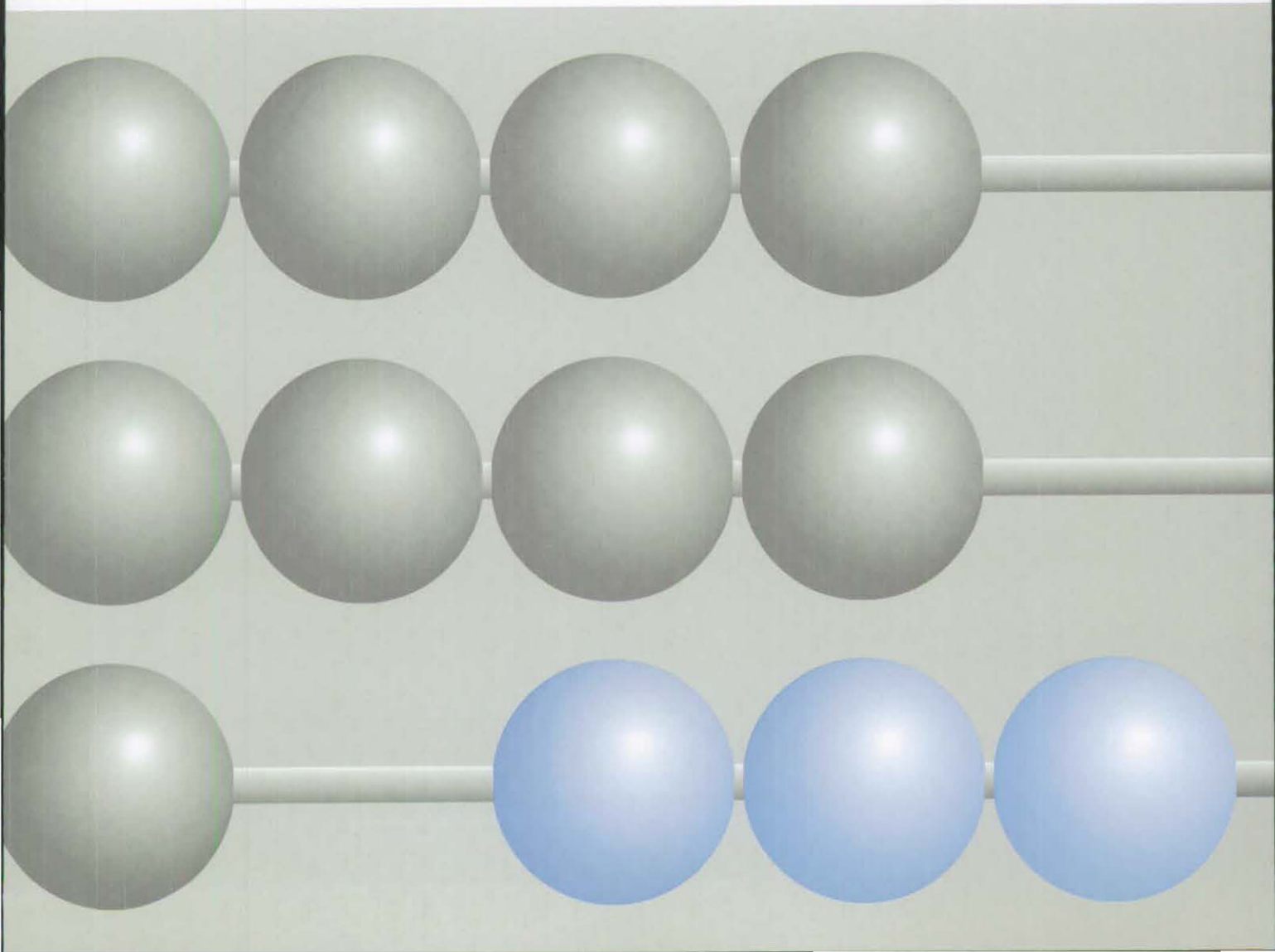


Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



49. Jahrgang, Heft 3, März 1997

**Statistische Monatshefte  
Schleswig-Holstein**



Herausgeber:  
Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
Postfach 1141  
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0  
Telefax (0431) 6895 498  
T-Online/Btx \* 444 50 #

Schriftleitung:  
Bernd Struck  
App. 286

Vertrieb:  
App. 280

Druck:  
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei  
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-  
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und  
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,  
auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe  
gestattet.

ISSN 0947-7373

# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

49. Jahrgang • Heft 3

März 1997

<b>Inhalt</b>	
• <b>Kurz gefaßt</b> .....	54
• <b>Aufsatz</b>	
<b>Feldfruchtanbau in Schleswig-Holstein nach der EU-Agrarreform</b> .....	55
Die Landwirte in der Europäischen Union (EU) haben den Anbau der Feldfrüchte auf dem Ackerland im Herbst 1996 im fünften Jahr an den Regelungen der EU-Agrarreform ausgerichtet. Ziel der EU-Regelung im pflanzlichen Bereich ist es, die Erzeugung der Marktordnungsfrüchte Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen zu begrenzen. Der Aufsatz zeigt, wie sich diese für pflanzliche Produkte neue Marktpolitik auf die Nutzung des Ackerlandes in Schleswig-Holstein ausgewirkt hat.	
Nach Erläuterung der wesentlichen Reforminhalte wird zunächst geschildert, wie sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Schleswig-Holstein und seinen Naturräumen auf die Hauptnutzungsarten Ackerbau und Dauergrünland verteilen. Anschließend wird der Nutzungswandel auf dem Ackerland in Schleswig-Holstein insgesamt und danach auch in den Naturräumen betrachtet, bevor der Anbau der einzelnen Fruchtarten im Zeitablauf besonders beschrieben wird.	
• <b>Kurzbeiträge</b>	
<b>Einkommen und Einnahmen   sowie Ausgaben privater Haushalte 1993</b> .....	69
Diese Ergebnisse beruhen auf der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993. Bei dieser Erhebung führen die freiwillig teilnehmenden Privathaushalte ein Jahr lang Haushaltsbücher über ihre Einnahmen und Ausgaben. Zusätzlich werden über Interviews ergänzende Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der privaten Haushalte gewonnen.	
<b>Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1992</b> .....	71
Der Kurzbeitrag bietet Ergebnisse für die Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins. Landesergebnisse der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gehören seit langem zum Programm des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Kreisergebnisse dagegen waren für 1989 zum ersten Mal aufbereitet worden. Sie werden im Dreijahres-Rhythmus berechnet, da die als Grundlage dienende Einkommensteuerstatistik nur alle drei Jahre erstellt wird. Die steuerstatistischen Quellen sind erst vergleichsweise spät zugänglich.	
Die Ergebnisse beziehen sich auf ein Aggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, also um einen Gesamtwert der zwischen den wirtschaftenden Institutionen ablaufenden wirtschaftlichen Vorgänge. Sie entstammen nicht, wie etwa die in diesem Heft ebenfalls geschilderten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, unmittelbar aus Befragungen ausgewählter Haushalte.	
<b>Sommersaison 1996 im Spiegel gesicherter Zahlen</b> .....	73
Nachdem alle größeren Beherbergungsbetriebe im Lande ihre statistischen Meldungen bis einschließlich Oktober der zentralen Auswertung im Statistischen Landesamt zugeführt haben, kann nunmehr eine gesicherte Bilanz der Übernachtungen im Fremdenverkehr in der Sommersaison 1996 vorgelegt werden.	
• <b>Entwicklung im Bild</b> .....	75
• <b>Beilage</b>	
Zahlenbeilage	



### **Verarbeitendes Gewerbe verlor 1996 über 6 700 Arbeitsplätze – die meisten davon in Kiel und Lübeck**

Die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins reduzierte sich nach vorläufigen Berechnungen im Durchschnitt des Jahres 1996 um über 6 700 auf 146 660.

Die meisten Arbeitsplätze gingen dabei in den kreisfreien Städten Lübeck (- 1 200) und Kiel (- 1 100) verloren, was prozentualen Rückgängen von - 7,2 % bzw. - 6,5 % entsprach. Einen Abbau von gut 1 000 Industriearbeitsplätzen mußte der Kreis Segeberg verkraften. An vierter Stelle folgte der Kreis Rendsburg-Eckernförde mit einem Minus von rund 600 Beschäftigten, wobei es hier jedoch aufgrund der nicht so hohen Gesamtzahl an Beschäftigten mit - 7,3 % zu dem prozentual höchsten Rückgang kam. Damit entfielen 60 % des gesamten Stellenabbaus allein auf diese vier Gebietseinheiten, die zusammengekommen im letzten Jahr knapp 40 % der industriellen Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein stellten.

Im Vergleich zum Kreis Segeberg wiesen die übrigen Hamburger Umlandkreise – Lauenburg, Stormarn und Pinneberg – wesentlich geringere Personalkürzungen auf. In diesen drei Kreisen gingen insgesamt 900 Arbeitsplätze verloren. Das entsprach einem Minus von 2,0 %, welches somit schwächer ausfiel als der landesdurchschnittliche Rückgang von - 4,4 %.

Besonders stark vom Stellenabbau betroffen waren das Ernährungsgewerbe, die Hersteller von Metallzeugnissen, der Maschinenbau, die Branchen der Elektroindustrie sowie der Schiff- und Schienenfahrzeugbau. Diese Branchen, auf die rund 60 % der Arbeitsplätze im schleswig-holsteinischen Verarbeitenden Gewerbe entfallen, waren 1996 zu drei Vierteln am gesamten Stellenabbau beteiligt.

### **Zahl der Versorgungsempfänger des Landes geringfügig angestiegen**

Am 1. Januar 1996 erhielten 19 363 Versorgungsberechtigte (darunter: 10 315 weibliche Berechtigte) Versorgungsbezüge vom Land Schleswig-Holstein; das sind 33 Versorgungsfälle oder 0,2 % mehr als im Vorjahr.

Während sich die Zahl der Ruhegehaltsempfänger um 207 (+ 1,8 %) auf 11 498 erhöhte, sank die Zahl der Empfänger von Witwen-/Witwergeld um 132 (- 1,8 %) auf 7 085 Fälle und die der Waisengeldberechtigten um 42 (- 5,1 %) auf 780 Fälle.

Im kommunalen Bereich stieg die Zahl der Versorgungsberechtigten um 30 (+ 0,7 %) auf 4 221 Fälle

an, dagegen war bei den ehemaligen Bundesbediensteten einschließlich Soldaten in Schleswig-Holstein ein Rückgang der Versorgungsfälle um 461 (- 5,8 %) auf 7 473 zu verzeichnen.

### **Die Schlachtungen im Januar 1997**

Im Januar 1997 wurden in Schleswig-Holstein 113 000 Schweine, 37 000 Rinder und 10 000 Schafe gewerblich geschlachtet. Dabei wurden gegenüber dem Vormonat 23 % mehr Rinder und 18 % mehr Schweine geschlachtet, während die Zahl der gewerblichen Schafschlachtungen leicht zurückging (- 1 %). Die Zahl der gewerblichen Rinderschlachtungen hat gegenüber Januar 1996 um über ein Drittel (38 %) zugenommen.

Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war mit 22 000 t um 16 % höher als im Januar 1996.

### **Strukturwandel im Zierpflanzenanbau**

1996 wurden in Schleswig-Holstein über 420 Betriebe mit Anbau von Blumen und Zierpflanzen erfaßt. Dies waren etwa 4 % weniger als zur letzten allgemeinen Erhebung 1992. In dieser Zeit erhöhte sich die Freilandgrundfläche der erfaßten Betriebe um 13 % auf 190 ha, demgegenüber verringerte sich die Unterglasgrundfläche um 10 % auf heute 85 ha. Von den Betrieben mit einer gärtnerischen Nutzfläche unter 5 000 Quadratmeter werden 12 % der Freilandgrundfläche und 55 % der Unterglasgrundfläche bewirtschaftet. Vor vier Jahren hatte diese Gruppe der Betriebe noch einen Anteil von 18 bzw. 34 %.

Bei den einzelnen Arten zeigt die Erhebung recht unterschiedliche Entwicklungen im Freiland- und Unterglasanbau. Gegenüber 1992 wurden die Anbauflächen im Freiland erweitert, so bei Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt und bei Blumenstauden. Im Unterglasanbau nahm die Anbaufläche ab, und zwar besonders bei den Blumen zum Schnitt, wie Tulpen, Narzissen, Freesien und Rosen. Demgegenüber wurde die Anbaufläche für blühende Topfpflanzen wie z. B. Stiefmütterchen erweitert.

Die Gesamtzahl der Beet- und Balkonpflanzen unter Glas, wie z. B. Begonia semperflorens, Primula acaulis, Petunien, Salven und Ageratum nahm um 5 Mill. auf insgesamt 20 Mill. Stück zu.



## Feldfruchtanbau in Schleswig-Holstein nach der EU-Agrarreform

Die Landwirte in der Europäischen Union (EU) haben den Anbau der Feldfrüchte auf dem Ackerland im Herbst 1996 im fünften Jahr an den Regelungen der EU-Agrarreform ausgerichtet. Ziel der EU-Regelung im pflanzlichen Bereich ist es, die Erzeugung der Marktordnungsfrüchte Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen zu begrenzen. In diesem Aufsatz soll aufgezeigt werden, wie sich diese für pflanzliche Produkte neue Marktpolitik auf die Nutzung des Ackerlandes in Schleswig-Holstein ausgewirkt hat.

Seitdem in den 60er Jahren in den landwirtschaftlichen Betrieben der Mährescher Einzug gehalten hat, haben die Landwirte die arbeitsexensiven und preisgestützten Mähdruschfrüchte Getreide und – später – Raps auf dem Ackerland bevorzugt angebaut. Züchtungsfortschritte, bedarfsgerechte Ernährung der Kulturen, Pflanzenschutzmaßnahmen zur Bekämpfung von konkurrierenden Unkräutern sowie von Pflanzenkrankheiten und Schädlingen, Einsatz von Wachstumsreglern, optimierte Anbau- und verlustarme Ernteverfahren ließen die Hektarerträge bis zu den neunziger Jahren auf mehr als das Doppelte ansteigen. EU-weit entstanden zunehmend – vor allem beim Getreide – Überschüsse, die sowohl beim Erzeuger zu Preissenkungen führten als auch den EU-Haushalt belasteten. Die EU führte daher 1989 zunächst eine freiwillige Stilllegung von Ackerflächen ein. Der Verzicht auf eine ackerbauliche Nutzung durch eine Dauer- oder Rotationsbrache, durch Umwandlung von Ackerland in extensiv zu nutzendes Grünland, durch Aufforstungen oder durch Überführung in eine nichtlandwirtschaftliche Nutzung (z. B. Golfplätze) führte aber EU-weit nur zu geringen Produktionseinschränkungen.

Mit der EU-Agrarreform 1992 wurden für die Mitgliedsländer sogenannte Grundflächen für den Anbau von Getreide (einschließlich Silomais), Ölsaaten und Eiweißpflanzen zusammen festgelegt, die dem Durchschnitt der in der Agrarstatistik ermittelten Fläche mit diesen Kulturen plus der im Rahmen öffentlicher Programme stillgelegten Fläche in den Jahren 1989 bis 1991 entsprechen. 1994 erweiterte die EU die Grundfläche um die Ölleinfläche. Für Ölsaaten besteht inzwischen zusätzlich eine weitere nationale Garantiefäche.

Innerhalb Deutschlands sind Grund- und Garantiefächen regional aufgeteilt. Auf Basis dieser Flächen zahlt die EU den Landwirten einen Einkommensausgleich dafür, daß die EU in den GATT-Verhandlungen

die administrativen Stützpreise für Getreide schrittweise bis zum Wirtschaftsjahr 1995/96 um rund ein Drittel gesenkt und die Preise für Ölsaaten, Eiweißpflanzen und Öllein sogar völlig freigegeben hat. Der Einkommensausgleich ist an eine Produktionsflächenbegrenzung durch Stilllegung eines Anteils der – für Nahrungszwecke<sup>1</sup> festgelegten – Grundfläche gebunden (allgemeine Regelung). Diesen Stilllegungssatz kann die EU je nach der Marktentwicklung jährlich verändern (konjunkturelle Flächenstilllegung) und damit die Produktionsfläche beeinflussen. Seit 1994 können die Landwirte zwischen verschiedenen Stilllegungsarten mit unterschiedlichen Mindest- und Höchstsätzen wählen. Auf den stillgelegten Flächen dürfen sie neben der Brache Kulturen für den Nicht-Nahrungsbereich, sogenannte nachwachsende Rohstoffe, anbauen. Überschreiten die Landwirte aber zusammen die jährlich zulässigen Anbauflächen in ihrer Region, dann müssen sie alle mit Sanktionen rechnen.

Alle Landwirte in Schleswig-Holstein bilden eine solche Solidargemeinschaft (Grundflächenregion). Als Einkommensausgleich erhalten sie am schleswig-holsteinischen Durchschnittsertrag<sup>2</sup> für Getreide und Ölf Früchte der Jahre 1986 bis 1990 orientierte Ausgleichsprämien. Die Flächenstilllegungsprämie berechnet das Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus auf der Basis des Getreidedurchschnittsertrages<sup>2</sup> der Jahre 1986 bis 1990 im Lande. Beide Prämienarten sind also unmittelbar an die Ergebnisse der Agrarstatistik gekoppelt.

In der Tabelle auf der Folgeseite sind die Prämien je Hektar beantragter Fläche, die die landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein im Pflanzenbau erhielten, aufgeführt.

Kleinerzeuger erhalten für alle beantragten Flächen mit den genannten Marktordnungsfrüchten (in Schleswig-Holstein maximal 13,5 ha je Antragsteller) nur die Ausgleichsbeihilfe für Getreide und sind von der Stilllegungspflicht befreit.

<sup>1</sup> Haupterzeugnisse, die der menschlichen oder Tierernährung dienen

<sup>2</sup> Der Durchschnittsertrag je Region errechnet sich für die alten Bundesländer aus dem Fünfjahreszeitraum 1986 bis 1990 unter Wegfall des höchsten und niedrigsten Ertrages; für die neuen Bundesländer wurde der Durchschnittsertrag der alten Bundesländer zugrundegelegt.



**Ausgleichs- und Flächenstilllegungsprämien in Schleswig-Holstein 1993 bis 1997**

Jahr	Ausgleichsprämien				Flächenstilllegungsprämien	Stilllegungssatz (% der ausgleichsberechtigten Fläche)
	Getreide (einschl. Mais)	Ölfrüchte	Eiweißpflanzen	Öllein		
	DM/ha					
1993	401	1 200	1 040	–	720	15
1994	561	933	1 042	1 394	913	mind. 15, max. 33
1995	721	1 162	1 042	1 395	913	mind. 12, max. 33
1996	721	1 150	1 042	1 395	913	mind. 10, max. 33
1997	p 721	p 1 210	p 1 042	p 1 395	p 913	mind. 5, max. 33

Quellen: Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus: Agrarreport Schleswig-Holstein 1996, S. 153, und mündliche Mitteilung (Stand: März 1997) [Spalte 1 - 5]  
 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Die Agrarreform der EG Nr. B 242/93, Nr. M 621/94, Nr. K4-2/95, Ausgabe Januar 1997 [Spalte 6]

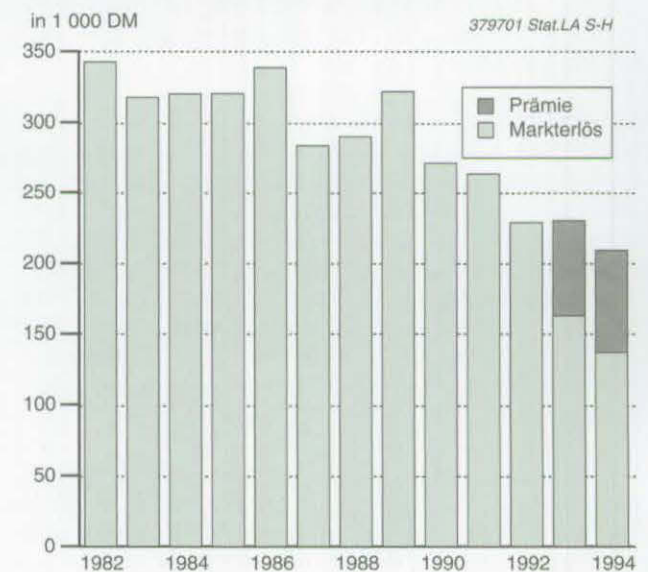
Von diesen Regelungen im pflanzlichen Bereich sind die größeren Marktfruchtbetriebe in den Ackerbauregionen, im Hügelland und in der Marsch besonders betroffen. Sie haben zur Erlangung der Ausgleichsprämien nicht nur Flächen stillzulegen, sondern außerdem den Nachteil, daß die Ausgleichszahlungen sich an den in Schleswig-Holstein erzielten Durchschnittserträgen<sup>2</sup> (Getreide 68,1 dt/ha, Ölfrüchte 33,8 dt/ha) und nicht an den deutlich höheren Erträgen ihres Betriebes orientieren. Viehhaltende Betriebe können für Silomais- und Futtergetreideflächen nicht nur die Getreideausgleichsprämie, sondern alternativ unter Anrechnung auf die Hauptfutterfläche Tierprämien bis zu einer Höchstgrenze beantragen. Im Grenzfall haben sie die Option zwischen der auf Seite 55 beschriebenen allgemeinen Regelung und der Kleinerzeugerregelung. Liegt ihre beantragte Fläche mit Getreide, Eiweißpflanzen und Ölfrüchten unter der Kleinerzeugergrenze, brauchen sie keine Flächen stillzulegen.

Am Beispiel eines Marktfruchtbetriebes im Hügelland mit 100 ha Ackerland und der Fruchtfolge Winterrraps - Winterweizen - Wintergerste wird in der Grafik dargestellt, wie sich bei unveränderter Fruchtfolge und Produktionsintensität die Einnahmen von dieser Fläche für die Zeit von 1982 bis 1994 entwickelt haben. Bis 1992 habe dieser Beispielbetrieb 34 ha Winterweizen, 33 ha Wintergerste und 33 ha Winterrraps angebaut, ab 1993 dann 29 ha Winterweizen, 28 ha Wintergerste und 28 ha Winterrraps, wobei er 15 ha

seiner Fläche stilllegte. Bis 1992 wurden die Erträge des Hügellandes nach der Besonderen Erntetermineinung kalkulatorisch angesetzt, für 1993 und 1994 wurde der langjährige (sechsjährige) Durchschnittsertrag vor der EU-Agrarreform eingesetzt. Die Preise wurden der Erzeugerpreisstatistik entnommen.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre waren die Getreide- und Rapspreise noch vergleichsweise hoch, und ebenso die Einnahmen unseres Beispielbetriebes. Danach sanken die Preise und damit die Ein-

**Jahreseinnahmen eines fiktiven, 100 ha großen Marktfruchtbetriebes im schleswig-holsteinischen Hügelland mit der Fruchtfolge Winterrraps-Winterweizen-Wintergerste 1982 bis 1994**



<sup>2</sup> Der Durchschnittsertrag je Region errechnet sich für die alten Bundesländer aus dem Fünfjahreszeitraum 1986 bis 1990 unter Wegfall des höchsten und niedrigsten Ertrages; für die neuen Bundesländer wurde der Durchschnittsertrag der alten Bundesländer zugrundegelegt.



nahmen mit Ausnahme des Jahres 1989, in dem Höchstserträge bei Wintergerste und Winterraps erzielt wurden. Bei Einhaltung der bisherigen Fruchtfolge und Produktionsintensität gehen die Einnahmen unseres Beispielbetriebes nach der Agrarreform im Mittel der Jahre 1993 und 1994 gegenüber dem sechsjährigen Durchschnitt 1987 bis 1992 um über ein Fünftel zurück.

Die von den Landwirten realisierten Anbauentscheidungen spiegeln sich in den Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung wider. Bei dieser Erhebung wird der Anbau der einzelnen Fruchtarten auf dem Ackerland zwar nur alle vier Jahre – zuletzt 1983, 1987, 1991 und 1995 – allgemein erhoben, in den Zwischenjahren mit repräsentativer Betriebsstichprobe läßt jedoch die landesspezifische Schichtung nach Hauptnaturräumen auch eine Auswertung für diese Gebietseinheiten zu. Anzumerken ist dabei, daß sich die regionale Zuordnung der Flächen nach dem Sitz des bewirtschaftenden Betriebes (Betriebsortprinzip) und nicht nach der Lage der Einzelflächen (Belegenheitsprinzip) richtet und Unschärfen auf regionaler Ebene bedingen kann. Flächen in anderen Bundesländern, die von Betrieben in Schleswig-Holstein aus bewirtschaftet werden, werden der regionalen Gebietseinheit des Betriebsortes in Schleswig-Holstein zugeordnet. Umgekehrt zählen Flächen in Schleswig-Holstein, die von Betrieben anderer Bundesländer bewirtschaftet werden, zum dortigen Betriebsort.

Im folgenden wird zunächst geschildert, wie sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche auf die Hauptnutzungsarten Ackerland und Dauergrünland in Schleswig-Holstein und seinen Naturräumen verteilt. Anschließend wird der Nutzungswandel der Hauptfruchtarten auf dem Ackerland in Schleswig-Holstein insgesamt und danach in den Naturräumen betrachtet, bevor der Anbau der einzelnen Fruchtarten im Zeitablauf besonders beschrieben wird.

### Ackerbau überwiegt im Hügelland

Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins bewirtschafteten 1992, ein Jahr vor Einführung der EU-Agrarreform, eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 1,07 Mill. ha, das entspricht größtmäßig 82 % der Gebietsfläche des Landes. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfielen

- 54 % oder 578 000 ha auf Ackerland,
- 45 % oder 484 000 ha auf Dauergrünland und
- 1 % oder 69 000 ha auf sonstige Nutzung,

im wesentlichen Baumschulflächen, Obstanlagen sowie Haus- und Nutzgärten der Betriebe.

Die vier Hauptnaturräume des Landes weisen erhebliche Unterschiede im Verhältnis der vorgenannten Nutzungsarten auf:

### Hauptnutzungsarten der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 1992

Naturraum	LF in 1 000 ha	Davon in % der LF		
		Ackerland	Dauergrünland	sonstige Nutzung
Marsch	168	47	52	1
Hohe Geest	287	32	66	2 <sup>a</sup>
Vorgeest	174	37	62	1
Hügelland	442	77	22	1
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>1 072</b>	<b>54</b>	<b>45</b>	<b>1</b>

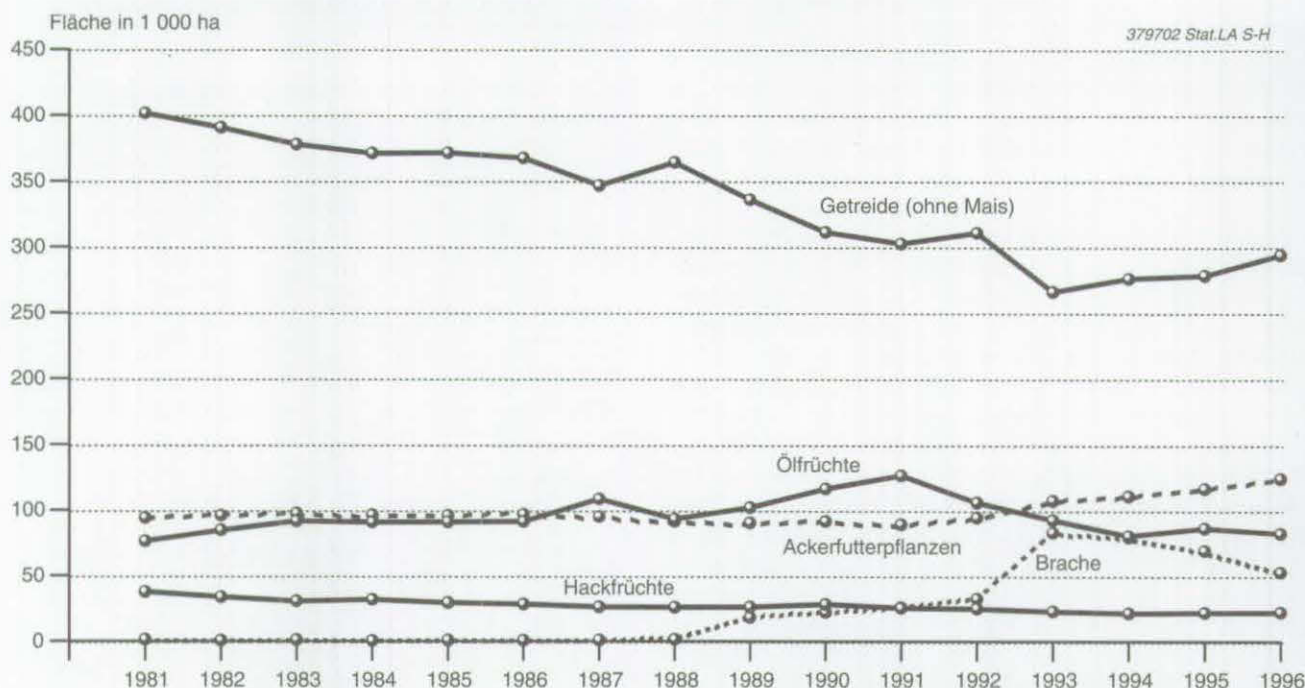
<sup>a</sup> Dieser höhere Anteil in der Hohen Geest ist auf das weltweit größte geschlossene Baumschulgebiet im Kreis Pinneberg – begünstigt durch Boden, Klima und Verkehrslage – zurückzuführen.



Fast drei Viertel (73 %) der Ackerfläche des Landes entfallen auf die beiden Naturräume an der West- und Ostküste, dagegen befinden sich über 60 % des Dauergrünlandes im Lande in der Hohen und der Vorgeest. Diese unterschiedliche Verteilung des Acker- und Dauergrünlandes auf die Naturräume beruht zum einen auf den unterschiedlichen Standorteigenschaften (Bodengüte und Ertragsfähigkeit). Auf der anderen Seite waren die historisch gewachsenen Betriebsstrukturen dafür mit verantwortlich, daß sich die größeren Betriebe im Hügelland auf den Marktfruchtbau ausrichteten und die kleineren in der Geest auf den Futterbau, um über die Rindviehhaltung ein ausreichendes Familieneinkommen zu erzielen.



Nutzungen auf dem Ackerland in Schleswig-Holstein 1981 bis 1996



Landesweit Nutzungsverschiebungen auf dem Ackerland

Die EU-Regelungen für den pflanzlichen Bereich gelten nur für die in die Fruchtfolge einbezogenen Flächen. Im Gegensatz zum Ackerland ist Dauergrünland nicht beihilfeberechtigt. Das Vorhandensein von Dauergrünland und Viehhaltung im Betrieb beeinflusst aber die Nutzung des Ackerlandes. Dessen Nutzung wird in der Grafik für die letzten 16 Jahre dargestellt, um auch einen Rückblick auf die Entwicklung vor der EU-Agrarreform und vor der geförderten Flächenstilllegung zu ermöglichen. Die Tabelle bietet zusätzlich eine Zusammenfassung der Anbauflächen für die Vierjahreszeiträume 1993 bis 1996 (konjunkturelle Flächenstilllegung) und 1989 bis 1992 (freiwillige Stilllegung von Ackerland) sowie die beiden vorhergehenden Vierjahreszeiträume.

Schon vor der EU-Agrarreform von 1992 war auf einer insgesamt nur leicht rückläufigen Ackerfläche der Anbau von Getreide und Hackfrüchten eingeschränkt worden, während sich die Fläche mit Futterpflanzen kaum verändert hatte und die mit Ölf Früchten deutlich ausgedehnt worden war. Bei hohen Erzeugerpreisen für Ölsaaten Mitte der achtziger Jahre hatte die Ölf Fruchtfläche – abgesehen von einem Rückgang im Jahr 1988 aufgrund ungünstiger Witterungs- und Bodenverhältnisse zur Herbstsaat – stetig bis 126 000 ha im Jahr 1991 zugenommen; auf dieser Fläche hatte fast ausschließlich Winterraps gestan-

Nutzungen auf dem Ackerland in Schleswig-Holstein im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume

Vierjahreszeitraum	Ge- treide	Öl- früchte	Hack- früchte	Acker- futter	Brache
	in 1 000 ha				
1981 - 1984	385	86	33	96	1
1985 - 1988	362	96	27	95	1
1989 - 1992	315	113	26	91	25
1993 - 1996	278	85	22	115	71
	Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Vierjahreszeitraum				
1985 - 1988	- 6	+ 12	- 18	- 1	×
1989 - 1992	- 13	+ 17	- 5	- 4	×
1993 - 1996	- 12	- 24	- 15	+ 26	×

den. Der langjährige Rückgang der Hackfruchtfläche verlangsamte sich nach 1987, während der Ackerfuterbau mit dem zurückgehenden Viehbestand nach Einführung und Kürzung der Milchquoten (siehe Heft 11/1994 dieser Zeitschrift) im Jahre 1987 stärker als vorher eingeschränkt wurde.

Im Rahmen der freiwilligen Flächenstilllegung stieg die Brachlandfläche von 1 600 ha im Jahre 1988 auf 18 000 ha im Folgejahr und auf 33 000 ha im Jahre



### Nutzungsverschiebungen in den Naturräumen uneinheitlich

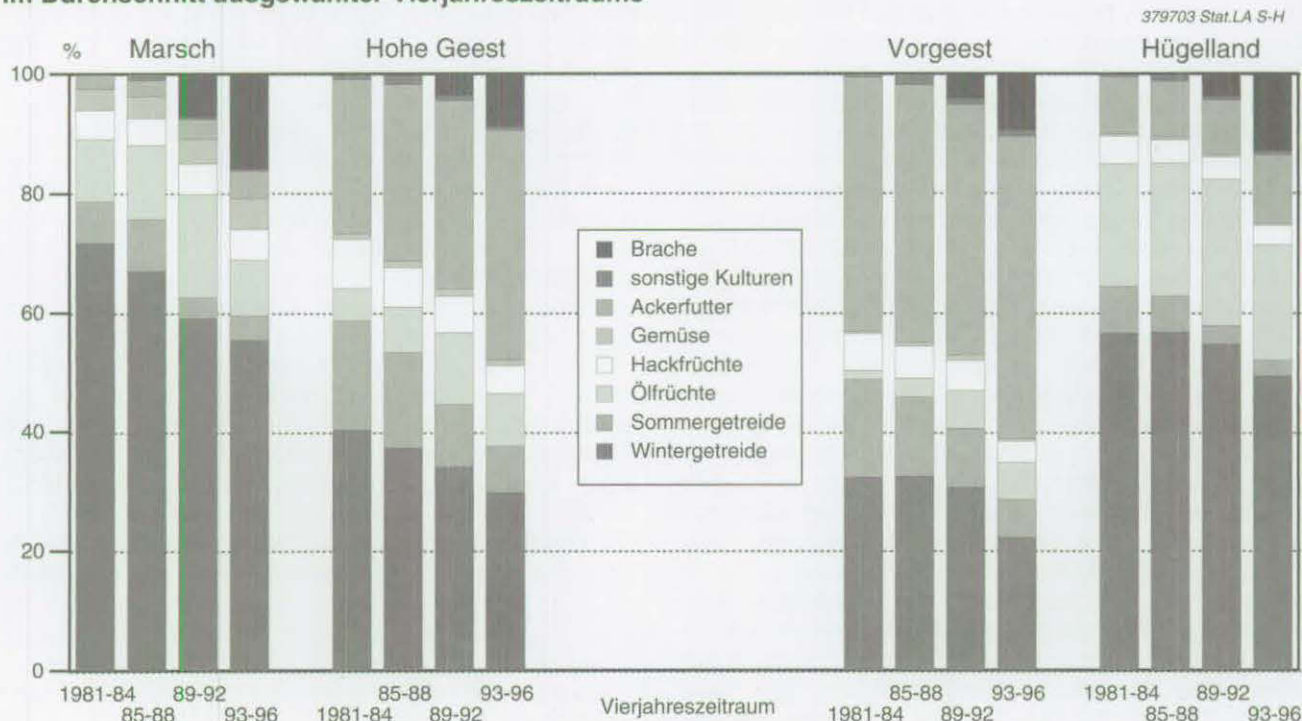
1992 und erreichte damit einen Anteil von 3 bzw. 6 % am Ackerland. In dieser Größenordnung wurden auch Hackfrüchte (um 5 %) auf dem Ackerland angebaut, während auf einer dreifach so großen Fläche (16 %) Ackerfutter stand. Der Anteil der Getreidefläche am Ackerland sank über die drei genannten Zeiträume von 63 % auf 54 %, dagegen stieg der Anteil der Ölfuchtfläche von 14 % auf 19 %. Mit der Ausdehnung des Ölfuchtanbaus und der freiwilligen Stilllegung von Ackerflächen ging ein deutlicher Rückgang der Getreidefläche einher.

Mit Einführung der konjunkturellen Flächenstilllegung veränderte sich das Anbauverhältnis der Ackerkulturen erheblich. Aufgrund der bei der allgemeinen Regelung (siehe Seite 55) erforderlichen Flächenstilllegung war sowohl die Getreide- als auch die Ölfuchtfläche nach 1992 deutlich kleiner. Mit sinkendem Mindeststilllegungssatz (1993: 15 %, 1994: 15 %, 1995: 12 % und 1996: 10 % der Antragsfläche mit Getreide, Eiweißpflanzen und Ölsaaten) stieg die Getreidefläche jedoch wieder an. Die Ölfuchtfläche lag – wie zuletzt 1982 – in den letzten drei Jahren unter 90 000 ha, wobei die Winterrapsfläche auch aufgrund begrenzter Befahrbarkeit stark vernäßter Böden im Herbst oder hoher Auswinterung 1994 und 1996 rückläufig war. Die Hackfruchtfläche ging nochmals stark zurück. Allein die Ackerfutterfläche nahm deutlich um über ein Viertel zu.

Die Naturräume unterscheiden sich im Anbauverhältnis erheblich. In Marsch und Hügelland wird deutlich mehr Getreide angebaut als in der Hohen und der Vorgeest. Die hohen Anteile abtragender Getreidearten in der Fruchtfolge werden im Hügelland vor allem durch Ölfrüchte (Raps) und in der Marsch durch Ölfrüchte, Hackfrüchte und Gemüse als Blattfrüchte ausgeglichen, denen eine entscheidende, die Bodenfruchtbarkeit erhaltende, fördernde oder wiederherstellende Wirkung zukommt. Diese Wirkung wird in der Geest vor allem durch einen verstärkten Ackerfutterbau erzielt, dessen Fläche in der Vorgeest seit 1990 die Getreidefläche übersteigt.

Im Hügelland mit dem engsten Getreide-Ölfucht-Verhältnis – die Ölfucht hatte bereits in der ersten Hälfte der 80er Jahre ein Fünftel der Ackerfläche eingenommen – wurde die Getreidefläche im Jahreszeitraum 1989 bis 1992 gegenüber den vorherigen weniger eingeschränkt und die Ölfuchtfläche weniger ausgeweitet als in der Marsch und der Hohen Geest. Der Ölfuchtanbau wurde vielmehr auf weitere anbauwürdige Flächen in anderen Naturräumen ausgedehnt. Sein Anteil stieg gegenüber dem Mittel von 1981 bis 1984 in der Marsch von 10 % auf 17 %, in der Hohen Geest von 5 % auf 12 % und in der Vor-

Anteile ausgewählter Fruchtarten am Ackerland in den Naturräumen Schleswig-Holsteins in % im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume





geest von 2 % auf 6 %. Gleichzeitig nahm der Getreideanteil vom Hügelland – westwärts – über die Vorgeest, die Hohe Geest bis hin zur Marsch jeweils stärker ab. In der Marsch wurden 1989 bis 1992 durchschnittlich 7 % des Ackerlandes freiwillig stillgelegt, in den übrigen Hauptnaturräumen waren es 4 %. Die Anteile der anderen Kulturgruppen veränderten sich kaum oder nur geringfügig.

Nach Einführung der konjunkturellen Flächenstilllegung 1993 ging der Anteil des Getreides an der Ackerfläche in den Regionen mit hoher Anbaudichte, also in der Marsch und im Hügelland, weniger zurück als in der Geest. In der Vorgeest, dem Hauptnaturraum mit dem geringsten Getreideanteil, verringerte er sich am stärksten, und zwar von vier auf nur noch drei Zehntel der Ackerfläche. Dagegen nahmen die Ölfruchtanteile stärker in der Marsch und im Hügelland ab, während die relative Vorzüglichkeit des Ölfruchtanbaus auf den ertragsärmeren Geeststandorten mit den an höheren Landesdurchschnittserträgen orientierten und gegenüber Getreide höheren Prämien weniger sank. Ferner wurde unter den Marktfrüchten der Gemüseanbau in der Marsch um 1 % auf 5 % der Ackerfläche ausgeweitet. Ackerfutterbau wurde, vor allem in der Geest, verstärkt betrieben, die Anteile stiegen in der Vorgeest um 9 Prozentpunkte auf über die Hälfte der Ackerfläche und in der Hohen Geest um 6 Prozentpunkte auf 38 % dieser Fläche.

**Wintergetreide bevorzugt – Winterweizen führende Getreideart**

Im Getreideanbau dominieren in Schleswig-Holstein die Wintergetreidearten. Ihr Anteil an der Getreidefläche hat über die vier Zeiträume tendenziell weiter zugenommen. Abgesehen von Jahren mit ungünstigen Bedingungen für die Herbstsaat, bei der nicht alle vorgesehenen Flächen mit Wintergetreide bestellt werden konnten, oder abgesehen von Jahren mit hoher Auswinterungsrate, stieg der durchschnittliche Anteil von 83 % auf 91 % der Getreidefläche. Züchterische Leistungssteigerungen durch Sorten, die bei dem Ertragspotential angepaßter Pflanzenernährung und die Gesundheit erhaltendem Pflanzenschutz sicherer hohe Erträge bringen, erhöhten die relative Vorzüglichkeit des Wintergetreideanbaus, insbesondere des Winterweizens. Voraussetzung für eine Ausweitung des Wintergetreideanbaus war aber auch, daß sich der Anteil frühräumender Vorfrüchte durch Zunahme des Ölfruchtanbaus – vor allem des Winterapses – als Ersatz für späträumende Hackfrüchte und Ackerfutterpflanzen erhöhte oder der Getreideanteil durch Halmfrucht auf Halmfrucht stieg. Während die Betriebe im Hügelland vor allem den ersten Weg beschritten, fand der zweite auch Eingang in der Marsch. Weil der Anteil späträumender Hackfrüchte (Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterhackfrüchte)

an der Ackerfläche in der Geest höher ist als in den übrigen Hauptnaturräumen, werden dort auch höhere Anteile an Sommergetreide angebaut.

Die nebenstehende Grafik zeigt die Anbauflächen der vorherrschenden Getreidearten in Schleswig-Holstein nach ihrer Verteilung auf die Naturräume im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume.

Der Winterweizen nimmt in Schleswig-Holstein den größten Anteil an der Getreidefläche ein. Allein seine Fläche wurde, trotz rückläufiger Anbaufläche für Getreide insgesamt, über die drei Vierjahreszeiträume von 1981 bis 1992 ausgeweitet und erreichte 1992 vor der EU-Agrarreform mit 174 000 ha seinen zweithöchsten Wert aller 16 Beobachtungsjahre. Höhere Leistungssteigerungen und Nutzung der ertragssteigernden Vorfruchtwirkung vom verbreiteter angebauten Winteraps erhöhten seine Vorzüglichkeit unter den Getreidearten. Hatte sein Anteil an der Getreidefläche 1981 bis 1987 landesweit zwischen 35 % und 44 % gelegen, so stieg er 1988 bis 1992 – besonders im Hügelland – auf 47 % bis 56 % (1992) an.

Mit der Agrarreform ging 1993 die Fläche des Winterweizens um fast 30 000 ha oder 17 % auf 145 000 ha zurück. Dazu dürften ungünstige Bestellbedingungen im Herbst 1992 mit beigetragen haben, denn im Folgejahr war sie wieder um 10 000 ha größer. 1996 wurde auf weiteren 10 000 ha Winterweizen angebaut, so daß mit 165 000 ha wieder die Anbaufläche von 1990 und 1991 erreicht wurde.

Die Wintergerste liegt mit ihrem Anbauumfang unter den Getreidearten nach Winterweizen an zweiter Stelle. Ihr Anteil an der Getreidefläche nahm aber über die drei Vierjahreszeiträume bis zur Agrarreform von fast einem Drittel (32 %) auf unter ein Viertel (24 %) ab. Ursache war – neben dem Auftreten des Gelbmosaikvirus<sup>3</sup> im Hügelland – vor allem die Anbauausdehnung des Winterweizens. Ging die Anbaufläche des Landes – besonders – während der freiwilligen Flächenstilllegung (1989 bis 1992) gegenüber dem vorherigen Vierjahreszeitraum um 30 % zurück, so nahm sie während der konjunkturellen Flächenstilllegung um 13 %, und damit stärker als der Weizen (- 8 %), ab. Ihre Fläche erhöhte sich – wie beim Weizen – 1996 und lag damit nur leicht (- 4 %) unter der durchschnittlichen Fläche zur Zeit der freiwilligen Stilllegung. Die Anbauverteilung auf die Hauptnaturräume blieb von 1988 bis 1996 weitgehend konstant.

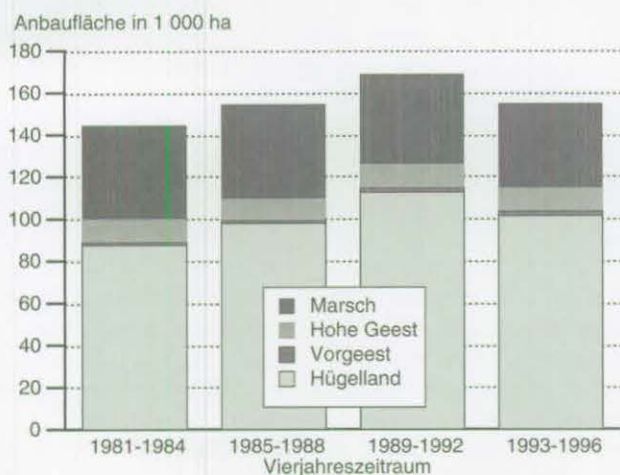
Die Roggenanbaufläche wurde im Vergleich zur Wintergerste über die Vierjahreszeiträume bis 1992 nicht

<sup>2</sup> Gelbmosaik der Wintergerste: die Viren überdauern mehrere Jahre im Boden, so daß einem Wintergerstenbefall u. a. durch eine weitgestellte Fruchtfolge vorgebeugt werden kann.



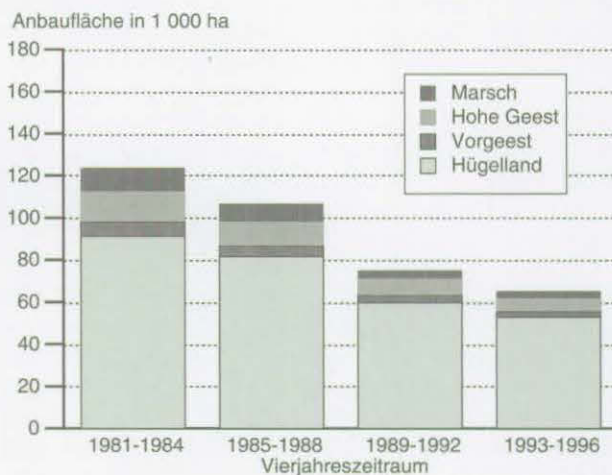
**Getreideanbauflächen in den Naturräumen Schleswig-Holsteins im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume**

**Winterweizen**

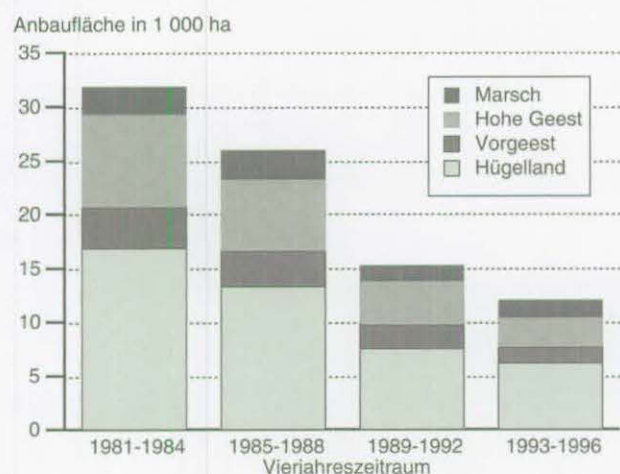


**Wintergerste**

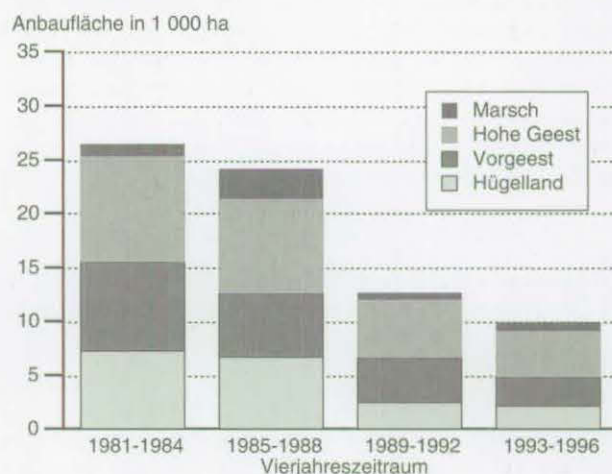
379704 - 379708 Stat.LA S-H



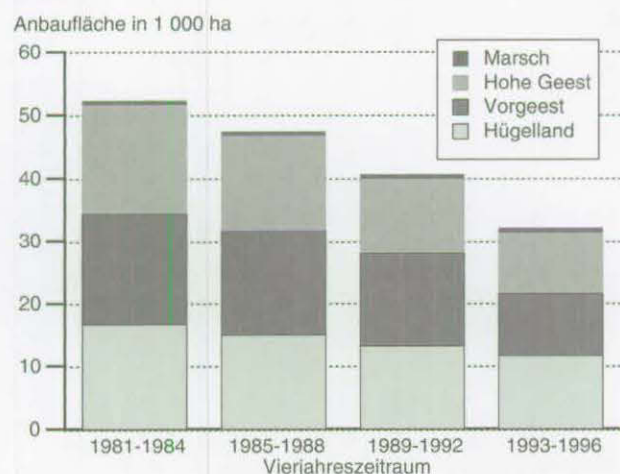
**Hafer**



**Sommergerste**



**Roggen**



**Anbauflächen der vorherrschenden Getreidearten in Schleswig-Holstein im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume**

Vierjahreszeitraum	Win.-weizen	Roggen	Win.-gerste	So.-gerste	Hafer
in 1 000 ha					
1981 - 1984	144	52	124	26	32
1985 - 1988	155	47	107	24	26
1989 - 1992	169	41	75	13	15
1993 - 1996	155	32	65	10	12
Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Jahreszeitraum					
1985 - 1988	+ 7	- 9	- 14	- 9	- 18
1989 - 1992	+ 9	- 14	- 30	- 48	- 41
1993 - 1996	- 8	- 21	- 13	- 22	- 21

so stark reduziert, da sein Anbau sich aufgrund der Anspruchslosigkeit auf die leichten Böden der Geest konzentriert, auf denen der Winterweizen und die Wintergerste an Anbaugrenzen stoßen. So blieb allein in der Vorgeest der Anteil des Roggens am Ackerland trotz rückläufiger Getreidefläche mit über einem Fünftel erhalten. Auf die Geest insgesamt entfielen vor der Agrarreform zwei Drittel der Anbaufläche, ein Drittel lag im Hügelland. Nach 1992 ging die Roggenanbaufläche, vor allem durch hohe Rückgänge in sämtlichen Einzelnaturräumen der Vorgeest (- 33 %), um gut ein Fünftel und damit stärker als die der Wintergerste (- 13 %) zurück.

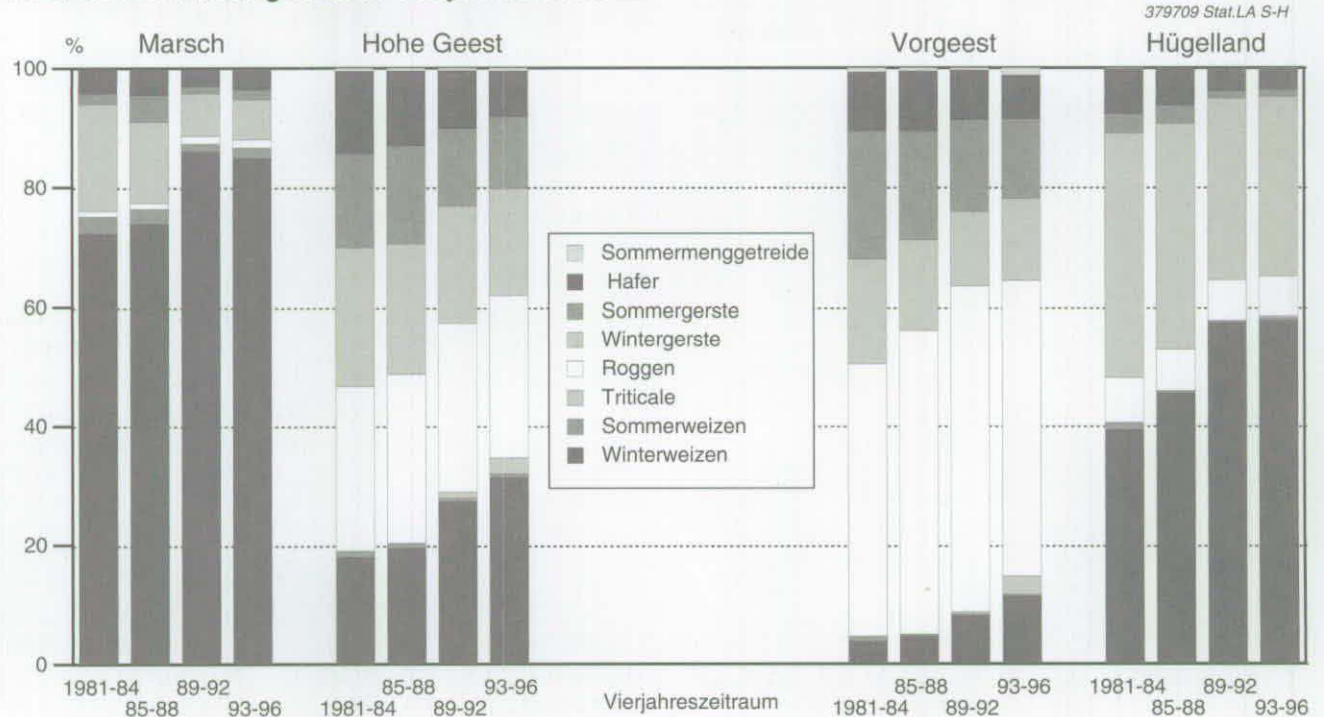
Seit 1989 wird der Anbau von Triticale erhoben. Die Fläche wurde 1992 und 1993 von 600 ha deutlich auf 2 400 ha ausgeweitet. Schlechte Erntequalität (Auswuchs) und -erschwernisse (Lager) führten im Jahr 1994 zu einem kurzen Einbruch bei der Anbaufläche dieser relativ jungen Kultur (1 300 ha); 1996 wurde der bisherige Höchstwert von 2 800 ha erreicht. Triticale wird als eiweißreiches Futtergetreide in der Schweinemast eingesetzt, kann aber auch in der Milchviehfütterung verwendet werden. Neben dem Hügelland wird Triticale vorwiegend in der Geest angebaut, auf der nach 1992 drei Viertel der Anbaufläche lag – vor allem in der südwestlichen Hohen Geest und in der Holsteinischen Vorgeest. In der Barmstedt-Kisdorfer Geest entfiel 1995 fast ein Zehntel (9 %) der Getreidefläche auf Triticale.

Unter den Sommergetreidearten kommt der Sommergerste vor allem in der Geest und dem Hafer in den beiden anderen Naturräumen Bedeutung zu. Der Anbau dieser Sommerkulturen nahm – mit dem Rückgang der Getreidefläche – nach 1988 landesweit mit 48 % (Sommergerste) bzw. 41 % (Hafer) am stärksten ab. Aufgrund der Überlegenheit der Wintergetreidearten hinsichtlich der Ertragsleistung und -sicherheit wird Sommergetreide verstärkt nur in Jahren mit schwierigen Aussaatbedingungen im Herbst des Vorjahres und in Jahren mit größeren Auswinterungsschäden der Winterfeldfrüchte angebaut.

Zur Zeit der freiwilligen Stilllegung gingen sowohl die Sommergersten- als auch Haferfläche im Hügelland und in der Marsch stärker zurück. Dagegen nahmen sie zur Zeit der konjunkturellen Flächenstilllegung in der Geest stärker ab; landesweit betrug der Rückgang bei beiden Getreidearten – wie beim Roggen – gut ein Fünftel der Anbaufläche. Dabei sank der Anteil der Sommergerste an der Getreidefläche 1995 gegenüber 1991 besonders in den traditionellen Anbaugebieten der Lecker Geest, Heide-Itzehoer-Geest und Schleswiger Vorgeest.

Die Anteile der Getreidearten an der Getreidefläche in den Naturräumen Schleswig-Holsteins sind in der untenstehenden Grafik im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume dargestellt.

Anteile der Getreidearten an der Getreidefläche in den Naturräumen Schleswig-Holsteins in % im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume





Im Hügelland nahm der ertragreichere und marktleistungstärkere Winterweizen bis zur Agrarreform von 39 % auf 57 % der Getreidefläche zu, während vor allem die Wintergerste von ehemals 41 % rund ein Zehntel der Getreidefläche verlor (30 %). Seit der Agrarreform gingen zwar die Flächen der Getreidearten im Hügelland zurück, jedoch änderte sich ihr Anbauverhältnis im Vergleich zum vorherigen Zeitraum (1989 bis 1992) kaum; der höchste Weizenanteil mit gut drei Viertel der Getreidefläche wird nach wie vor im Nordoldenburger und Fehmarn Raum erreicht.

Dagegen blieb in der Marsch zur Zeit der freiwilligen Stilllegungsprogramme, in der die Getreideanbaufläche deutlich, und zwar um 18 %, eingeschränkt wurde, die Winterweizenfläche in weit größerem Maße erhalten und erhöhte ihren Anteil von fast drei Viertel auf 86 % der Getreidefläche, während vor allem die Fläche mit Wintergerste eingeschränkt wurde. Der Rückgang der ohnehin kleineren Sommergerstenfläche ist dagegen vor allem darauf zurückzuführen, daß im vorherigen Vierjahreszeitraum (1985 bis 1988) in zwei Jahren wegen widriger Witterungsverhältnisse während der Herbstbestellung verstärkt im Frühjahr gesät werden mußte. Nach Einführung der konjunkturellen Flächenstilllegung verringerte sich die Fläche der Getreidearten – wie im Hügelland – in gleichem Maße und führte nur zu geringfügigen Verschiebungen in den Anteilen.

In der Hohen Geest sind die in Schleswig-Holstein vorherrschenden Getreidearten Winterweizen, Wintergerste, Roggen, Sommergerste und Hafer jeweils in größeren Anteilen vertreten. Ihre Anbaufläche insgesamt ging über die drei Vierjahreszeiträume bis zur Agrarreform um ein Drittel zurück. Den größten Anteil nahm vor 1993 der Roggen ein; sein Anteil an der Getreidefläche (28 %) blieb über die drei Vierjahreszeiträume konstant bzw. seine Anbaufläche ging mit der Getreidefläche entsprechend zurück. An zweiter Stelle folgte der Winterweizen mit einer über die Jahre zwischen 10 000 bis 12 000 ha liegenden Fläche. Damit erhöhte sich auch in diesem Naturraum sein Anteil an der Getreidefläche, und zwar von unter einem Fünftel auf ein gutes Viertel der Ackerfläche. Vor allem die Haferfläche wurde überproportional eingeschränkt (- 53 %), gefolgt von der Gerstenfläche, auf der der Anbau der Winter- und Sommerformen zeitlich verschieden, insgesamt aber über die genannten drei Zeiträume gleich stark (- 44 %) abnahm. Seit der Agrarreform blieb die Winterweizenfläche weitgehend gleich groß (- 2 %), die der anderen genannten Kulturen nahm überproportional ab. Damit wurde der Winterweizen, auf gut 30 % der Getreidefläche, zur verbreitetsten Getreideart in der Hohen Geest, ihm folgt der Roggen. Daneben fand seit 1992 Triticale mit über 1 000 ha (bis auf 1994) verstärkt Eingang in den Ackerbau.

In der Vorgeest dominiert der Roggen, dessen Anbaufläche sich über die Zeiträume bis zur Agrarreform im Vergleich zur Hohen Geest unterproportional um 16 % (von 18 000 ha auf 15 000 ha) verringerte. Der Anteil an der Getreidefläche stieg von 46 % auf 55 %, ebenso erhöhte sich der Winterweizenanteil, wenn die Fläche auch nur von 1 000 ha auf 2 000 ha anstieg. Dagegen halbierte sich die Sommergerstenfläche, der Haferanbau nahm um rund 40 % ab. Nach 1992 erhöhte sich die durchschnittliche Winterweizenfläche, die mit Wintergerste ging unterdurchschnittlich zurück. Der Anteil des Roggens sank von 55 % auf 50 % der Getreidefläche. Die Sommergetreideflächen nahmen ebenfalls überdurchschnittlich um mehr als ein Drittel ab. Zudem fand eine kleine Fläche an Triticale Eingang in den Ackerbau.

Das Anbauverhältnis der Getreidearten blieb nach Einführung der Agrarreform nahezu unverändert in den Naturräumen mit hohem Marktfruchtbau, dem Hügelland und der Marsch. Dies läßt darauf schließen, daß eine weitere Erhöhung des Anteils der ertragreicheren Kulturen aus Fruchtfolgegründen nicht mehr möglich ist. Dagegen blieb die Winterweizenfläche in der Geest erhalten und nimmt nun einen größeren Teil der Getreidefläche ein. Einer weiteren Ausdehnung der Weizenfläche steht die geringere Bodengüte als begrenzender Faktor entgegen. Während ferner in den von Natur her ertragsfähigeren Naturräumen die Produktionsintensität überprüft und – gegebenenfalls – angepaßt wird, werden auf leichteren Standorten darüberhinaus auch andere Getreidearten in der Praxis geprüft.

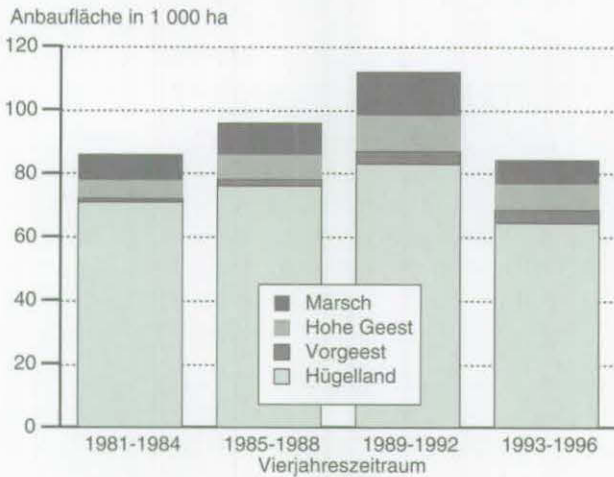
### ***Knapp ein Viertel weniger Rapsanbau im Hügelland***

Nach dem Winterweizen ist der Winterraps seit 1988 die am zweithäufigsten angebaute Fruchtart. Die Anbaufläche dieser Ölfrucht nahm – bei rückläufigen, aber gesicherten Preisen der damaligen EU-Markordnung – bis zu einem Höchststand von 125 000 ha im Jahr 1991 zu. Fast drei Viertel der Winterrapsfläche lag während der freiwilligen Stilllegung im Hügelland; und auf die Marsch und die Hohe Geest entfielen 12 % bzw. ein Zehntel der Anbaufläche. Besonders niedrige Preise ließen die Anbaufläche im Jahr 1992 um 18 % auf 102 000 ha zurückgehen. Im letzten Vierjahreszeitraum (1993 bis 1996) verringerte sich die Fläche gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Viertel. Dabei wurde der Anbau in der Marsch am stärksten, von 17 % der Ackerfläche auf nur noch gut die Hälfte (9 %) dieses Anteils eingeschränkt, im Hügelland stand nur noch auf einem Fünftel (vorher auf fast einem Viertel) der Ackerfläche Winterraps; in der Hohen Geest wurde nur auf 3 % der Ackerfläche der Anbau (9 %) eingestellt. Der Winterraps ist in der Geest interessanter geworden, da Standorte mit



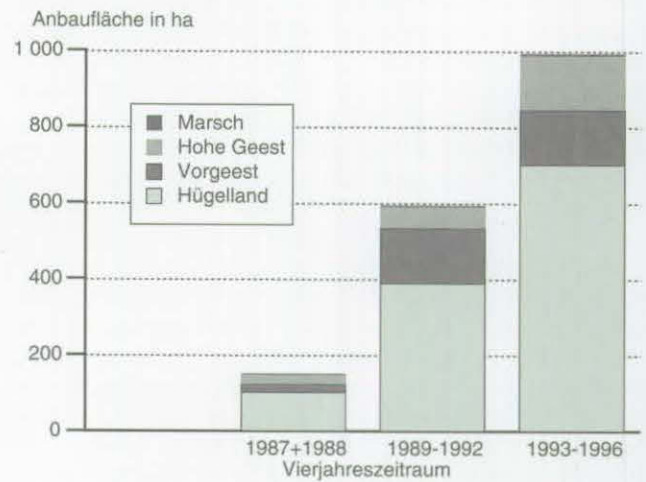
**Anbauflächen der Öl- und der Eiweißfrüchte in den Naturräumen Schleswig-Holsteins im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume**

**Raps und Rübsen**

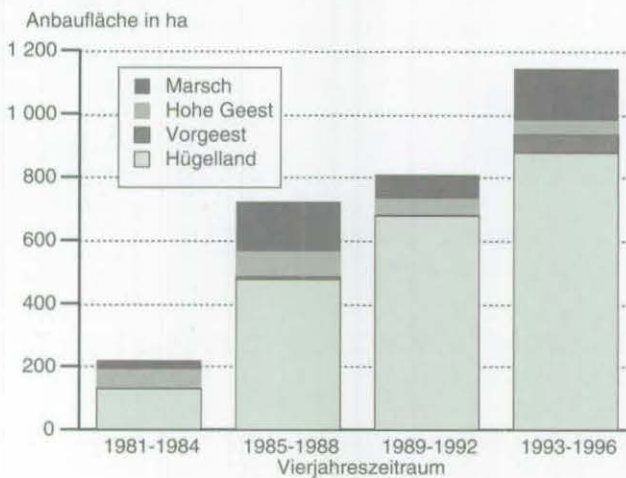


**Flachs und Öllein**

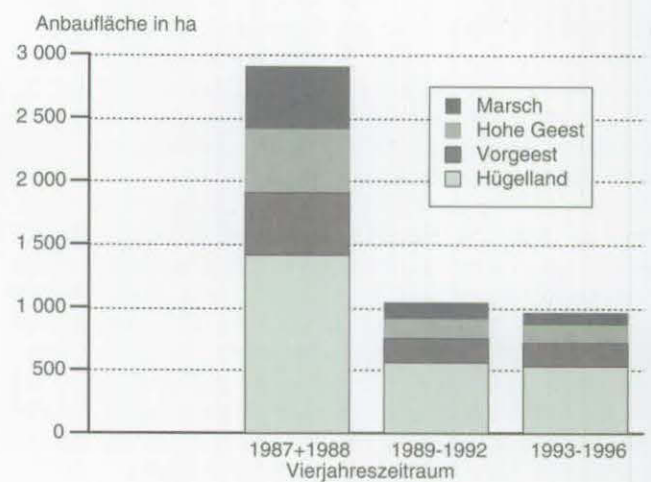
3797010 - 379713 Stat.LA S-H



**Ackerbohnen**



**Futtererbsen**



geringerem Ertragsniveau durch die an den Durchschnittserträgen des Landes orientierte Prämie eine höhere Einnahme aus dem Winterrapsanbau erzielen, während er auf den Marsch- und Hügellandstandorten mit sehr gutem Ertrag aus eben dem gleichen Grunde an relativer Vorzüglichkeit einbüßt. In der Winterrapsfläche ist die Fläche mit Raps als nachwachsendem Rohstoff mit enthalten. Aus der Differenz der Fläche, für die Stilllegungsprämie gezahlt wird, und der Brache läßt sich die Fläche mit nachwachsenden Rohstoffen für 1993 und 1995 abschätzen. Da auf dieser fast ausschließlich Raps angebaut wird, fand landesweit schätzungsweise auf knapp 80 000 ha Rapsanbau für Nahrungszwecke und auf rd. 10 000 ha Rapsanbau für Nicht-Nahrungszwecke statt. Fast drei Viertel der errechneten Fläche entfiel 1995 auf das Hügelland. Weil der Raps

als nachwachsender Rohstoff nicht in die Garantiefäche einbezogen wird, ermöglicht dieser Verwendungszweck der Blattfrucht vor allem im Hügelland eine Auflockerung getreidereicher Fruchtfolgen.

**Verzögerte und begrenzte Ausweitung des Ölleinbaus**

In der Position Flachs/Lein der Bodennutzungshaupterhebung wird die Anbaufläche dieser Kulturart unabhängig vom Verwendungszweck (zur Fasergewinnung oder Ölleinproduktion als Rohstoff für Farben, Lacke und Fußbodenbelag) erfaßt. Mit der neuen Marktordnung für Öllein ist dessen Anbau vor allem auf leichten Standorten attraktiver geworden, da die Ausgleichsprämie aus dem Ölleinanbau aufgrund der



festen Flächenbeihilfe weniger vom Ertrag abhängt. Daneben stellt Öllein – bei gleichen Erzeugerpreisen – auch auf stillgelegten Flächen ertragsfähiger Standorte eine alternative Sommerkultur dar. Nur auf diesen wird auch unter ungünstigen Bedingungen der notwendige Mindestertrag erzielt. Die Pflanze gedeiht auf leichten bis schweren Böden mit ausreichender Wasserversorgung, verträgt keine zu hohe Stickstoffversorgung (Lager) – daher z. B. in Wasserschutzgebieten interessant – und kann mit dem Mährescher geerntet werden. Der Anbau von Flachs/Lein hat sich erst 1996 von 700 ha auf 2 500 ha erhöht. Der Anbau konzentriert sich auf das Hügelland (1 500 ha) und auf die Hohe Geest (300 ha). In der Marsch ist ihr Anbau ohnehin aufgrund einer gegebenenfalls späteren Ernte nicht empfehlenswert.

### Leichter Anstieg der Ackerbohnenfläche

Aufgrund einer guten, dem Winterraps vergleichbaren Vorfruchtwirkung, hohen Futterwertes und Förderung durch die EU wurde der Anbau von Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (Futtererbsen, Ackerbohnen) zunächst bis 1987 auf 9 000 ha ausgeweitet, aber wegen zu hoher Ertragsunsicherheit wieder eingeschränkt. Besonders schwierige Ernteverhältnisse 1987 und sinkende Erzeugerpreise ließen den Futtererbsenbau stark zurückgehen. Durch die deutlich über Getreide liegende Ausgleichsprämie wird ihre innerbetriebliche Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessert und das Risiko von Ertragschwankungen gemindert. Ackerbohnen stellen auf Kohlhernie<sup>4</sup> belasteten Böden eine Alternative für Raps dar. Im Mittel der Jahre 1993 bis 1996 wurden gegenüber dem vorherigen Vierjahreszeitraum durch Zunahme der Ackerbohnenfläche ein Zehntel mehr Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (2 200 ha) angebaut. Der Anbau der Ackerbohne stieg landesweit – vor allem 1994 – an. Während ihr Anteil am Ackerland im Hügelland (Ostholsteinisches Hügelland, Nordoldenburg/Fehmarn, Schwansen, Dänischer Wohld) und in der südlichen Marsch höher ist als in der Geest, ist in der Geest die auch für leichtere Standorte geeignete Futtererbse stärker vertreten (Lecker Geest, südliche Vorgeest).

### Zunehmender Kartoffel- und Feldgemüseanbau

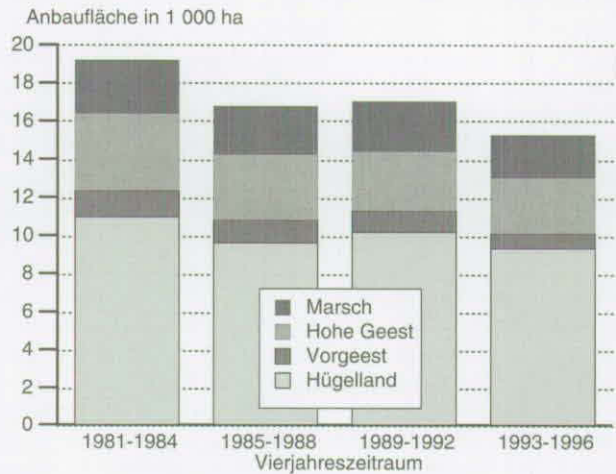
Die inzwischen in Schleswig-Holstein am meisten angebaute Hackfrucht ist die Zuckerrübe, sie nimmt drei Viertel der Hackfruchtfläche ein. Durch die bestehen-

<sup>4</sup> Kohlhernie: Kropfkrankheit an Kohl, Raps und anderen Kreuzblütlern. Da die Erreger mehrere Jahre im Boden überdauern, kann der Pilzkrankheit u. a. durch eine weitgestellte Fruchtfolge vorgebeugt werden.

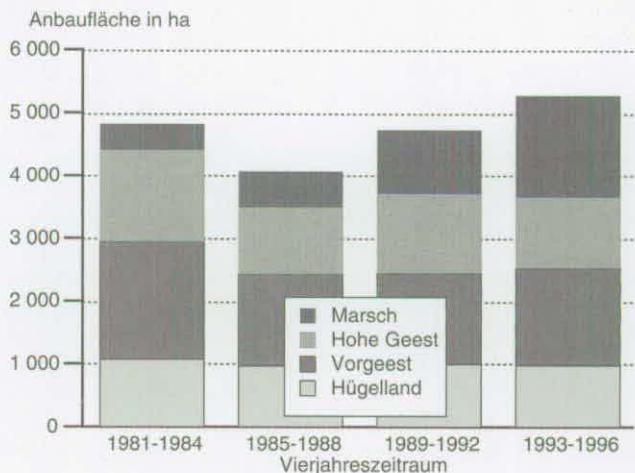
## Anbauflächen von Hackfrüchten und Gemüse in den Naturräumen Schleswig-Holsteins im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume

### Zuckerrüben

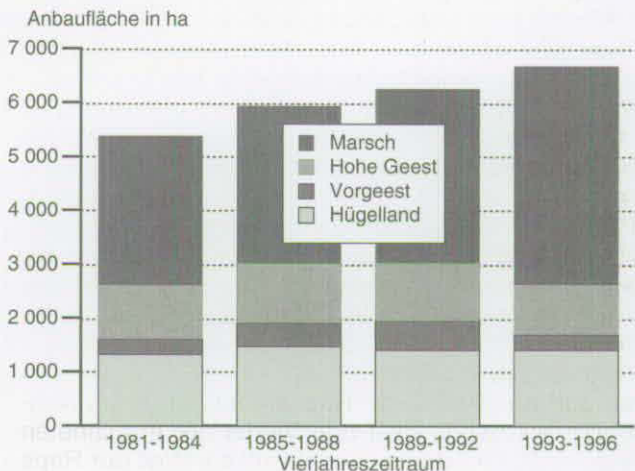
379714 - 379716 Stat.LA S-H



### Kartoffeln



### Gemüse





den Kontingente im Rahmen der Zuckermarktordnung sind einer Ausweitung des durchaus attraktiven Zuckerrübenanbaus Grenzen gesetzt; über eine bestimmte Quote hinausgehende Übermengen werden in den meisten Jahren mit deutlichen Preisabschlägen bezahlt. Lieferrechte und Ertragserwartungen der Landwirte – und nicht die jüngste Reform – bestimmen ihre Anbaufläche. Sonderlieferrechte Ende der 80er Jahre führten zu einer Erweiterung, gestiegene Ertragserwartungen/Hektar zu einer leichten Einschränkung der Zuckerrübenflächen, die sich regional auf die Einzugsgebiete der ehemals drei Zuckerfabriken in Schleswig, St. Michaelisdonn (mittlerweile geschlossen) und Uelzen in Niedersachsen konzentriert.

Dagegen werden Kartoffeln, die zweithäufigste Kultur, auf dem freien Markt (keine EU-Marktordnung) gehandelt. Die Kartoffel trug in der Vergangenheit neben den Futterhackfrüchten wesentlich zur Fruchtbarkeit leichter Standorte bei. Sinkender Bedarf durch geänderte Verzehrsgewohnheiten und Fütterungsumstellung von Kartoffeln auf Getreide in der Schweinehaltung und hoher Arbeitsaufwand ließen die Anbauflächen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgehen und trugen dazu bei, daß sich die Kartoffel in Schleswig-Holstein zu einer Sonderkultur entwickelte. Auf der seit 1980 4 000 bis 5 000 ha großen Anbaufläche ist der Kartoffelanbau aufgrund stärker schwankender Erlöse als bei den bisher aufgeführten Kulturen mit höherem Risiko behaftet. In den letzten Jahren unter der EU-Reform hat der Anbau von Spätkartoffeln als Alternative zum Anbau ausgleichsberechtigter Kulturen mit anteiliger Flächenstilllegung vor allem in der Marsch (Dithmarscher Marsch), in der sich auch die Hauptanbaufläche von Pflanzkartoffeln befindet, weiter zugenommen. Der Anteil der Kartoffelanbaufläche in der Marsch stieg von 20 auf 30 % der Landesfläche. Flächenzunahmen traten ebenfalls seit 1993 in der Geest, mit der Hälfte der Kartoffelanbaufläche, auf. Insgesamt erhöhte sich die Fläche im Vierjahresvergleich um ein Zehntel auf 5 300 ha (im Mittel).

Nach der Steckrübe/Kohlrübe in den 70er Jahren ist auch die Runkelrübe, die vorherrschende Futterhackfrucht, trotz hohen Futterwertes in der Milchkuhhaltung und hoher Erträge zugunsten des im Anbau und in der Verfütterung stärker mechanisierbaren Silomais weiter zurückgedrängt worden. War die Futterhackfruchtfläche 1980 noch dreimal so hoch gewesen wie die Kartoffelfläche, so lag sie 1991 darunter und ging seitdem auf ein Viertel (1 000 ha) zurück. Zum weiteren Rückgang ihrer innerbetrieblichen Wettbewerbskraft hat in den letzten Jahren die Option, Silomais zu verfüttern und Ausgleichsprämie zu erhalten, beigetragen.

Unter den sonstigen Marktfrüchten kommt dem Anbau von Feldgemüse – einschließlich Erdbeeren – die

größte Bedeutung zu. Die Anbauschwerpunkte liegen seit jeher in Dithmarschen, in der Elbmarsch und im südöstlichen Holstein. Während im Glückstädter Raum intensiv Frühgemüse für den Hamburger Markt produziert wird, befindet sich in Dithmarschen das bundesweit größte geschlossene Kohlanbaugebiet. Unbedeutend ist der Kohlanbau dagegen auf Fehmarn geworden. Wie die Kartoffelanbaufläche, so nahm in der Marsch auch die Feldgemüsefläche – vor allem durch Ausweitung des Kohlanbaus – über die Vierjahreszeiträume stetig zu. Im Mittel der Jahre 1993 - 1996 wurde die Fläche in der Marsch gegenüber dem vorherigen Zeitraum 1989 - 1992 um ein Viertel erweitert und ihr Anteil am Land um ein Zehntel auf 60 % erhöht (1996: 66 %). Im Hügelland blieb die Fläche im Mittel konstant, während die Landwirte in der Geest den Feldgemüseanbau – auch durch Veränderungen in der gemüseverarbeitenden Industrie – leicht reduzierten.

### **Starke Ausweitung der Silomais- und Ackergrasflächen**

Mit dem Rückgang des Rinderbestandes nach Einführung der Milchgarantiemengenregelung (1984) sank die Ackergrasfläche 1985 gegenüber dem Vorjahr um 8 % und blieb bis zur Agrarreform in einer Größenordnung von durchschnittlich 38 000 ha, die gut zur Hälfte auf die Geest und zu fast 45 % auf das Hügelland entfielen. Im Mittel der letzten vier Jahre wurde ihr Anbau um ein Fünftel ausgedehnt, im Hügelland (+ 24 %) stärker als in der an Dauergrünland reicheren Geest (+ 18 %). Damit haben die Landwirte sich die Option offengehalten, Grasland, auf dem in einem bestimmten Zeitraum Ackerkulturen angebaut worden waren, für den Anbau ausgleichsberechtigter Kulturen oder als stillzulegende Fläche nutzen zu können.

Einen ähnlichen, zeitlich versetzten Verlauf zeigt die Entwicklung der Silomaisfläche. Als infolge der erneuten Milchquotenkürzung und -aussetzung 1987 die Milchkuhbestände des Landes mit 7 % so deutlich wie nie zuvor während des Bestehens der Milchmarktordnung zurückgingen, verringerte sich auch die Silo- und Grünmaisfläche um 9 % auf 51 000 ha. Nach der Agrarreform wurde ihre Fläche, noch mehr als die Ackergrasfläche, um 30 %, ausgeweitet. 1996 wurde mit 72 000 ha ein neuer Höchstwert erreicht. Durch die Anrechnungsmöglichkeit als Hauptfutterfläche zur Erlangung von Tierprämien oder der Beantragung der Getreideflächenprämie ist diese seit 1981 am häufigsten in Schleswig-Holstein angebaute Futterpflanze noch attraktiver geworden. Aufgrund ihrer geringen Ansprüche an die Bodengüte und Fruchtfolge zum einen und wegen ihres hohen Futterwertes bei gleichzeitig leichter Silierbarkeit andererseits wird Maissilage verbreitet in der Rinderfütterung einge-



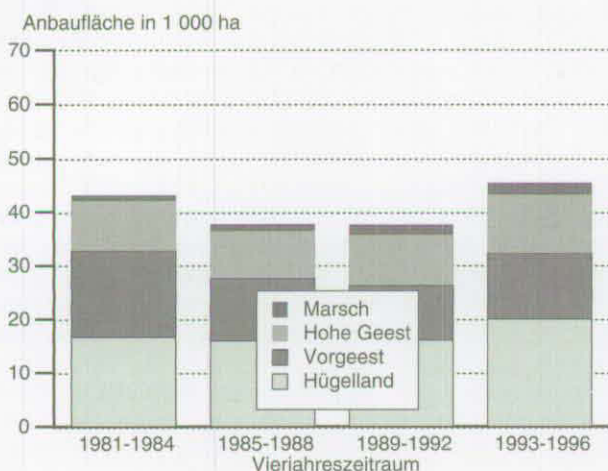
setzt und hat in den letzten Jahren verstärkt Zugang in der Milchviehration gefunden. Dabei änderte sich ihre Verteilung auf die Hauptnaturräume über die Jahre nur geringfügig. Über 70 % der Fläche liegt in der Geest, gut ein Viertel im Hügelland.

Seit der Agrarreform hat unter diesen Futterpflanzen in der Geest vor allem die Silomaisfläche zugenommen, ihr Flächenzugang überstieg den des Ackergrases um das Dreifache. Im Hügelland wurde der Anbau beider Kulturen gleichermaßen verstärkt, wobei 1991 in Angeln stärkere Zugänge an Silomais, in Ostholstein und Schwansen an Ackergras ermittelt wurden.

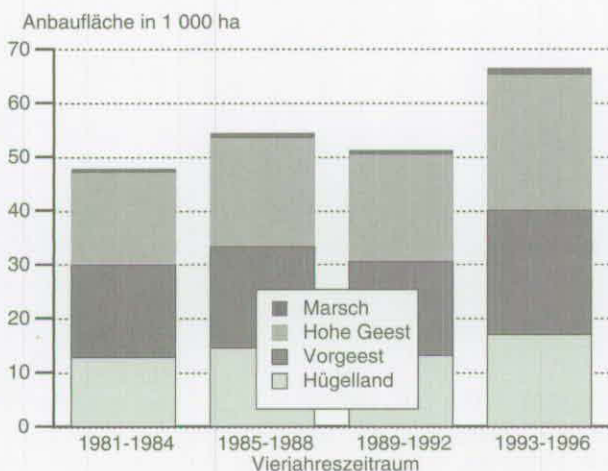
### Anbauflächen von Ackerfutter in den Naturräumen Schleswig-Holsteins im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume

#### Ackergras

379717 - 379718 Stat.LA S-H

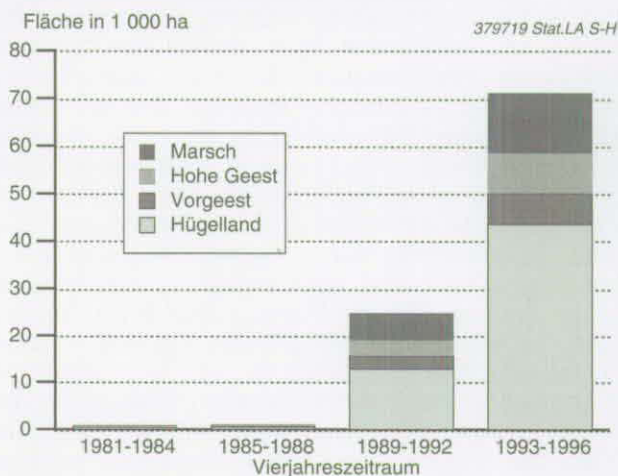


#### Silomais



### Marsch und Hügelland mit höheren Bracheanteilen am Ackerland

#### Brachflächen in den Naturräumen Schleswig-Holsteins im Durchschnitt ausgewählter Vierjahreszeiträume



Da die Bodennutzung des Hügellandes mit großen Betrieben und hohem Raps- und Getreideanteil an der Fruchtfolge von den Stilllegungsregelungen der Agrarreform besonders betroffen ist, entspricht der Bracheanteil des Hügellandes am Ackerland fast immer dem Stilllegungssatz der Rotationsbrache. In der Marsch mit einem ebenfalls hohen Getreide-Ölfrucht-Anteil hatte der Bracheanteil schon bei den vorherigen Stilllegungsprogrammen deutlich über dem Landesdurchschnitt gelegen. Lag er mit 19 % zunächst noch um 4 % über dem geforderten Mindeststilllegungssatz für ausgleichsberechtigte Kulturen (1993: 15 %, 1996: 10 %), näherte er sich diesem bis 1996 mit 11 % an. Der Bracheanteil in der Vor- und der Hohen Geest sank von 10 % auf 8 % bzw. 7 %.

#### Ausblick

Die Auswertung hat den Wandel in der Nutzung des Ackerlandes gezeigt. Die Zeit vor der Agrarreform ist – neben einer stetigen Einschränkung der Futterhackfrüchte – gekennzeichnet vor allem durch eine Flächenveränderung bei den arbeitsexpensiven Marktfrüchten. Günstige Erzeugerpreise, Mähdruschfähigkeit, züchterische Qualitäts- und Ertragssteigerungen beim Wintererbsen führten zu einer Ausdehnung des Ölfruchtanbaus und zu einer Abnahme der Getreidefläche.

Unter den Getreidearten wurde die ertragssteigernde Vorfrucht Wirkung vom Raps für den Anbau der ertragsfähigsten Getreideart, des Winterweizens, ge-



nutzt; dessen Anbaufläche nahm im Gegensatz zu Gerste, Hafer und Roggen stetig von Vierjahreszeitraum zu Vierjahreszeitraum zu.

Mit Einführung der konjunkturellen Flächenstilllegung veränderte sich das Anbauverhältnis der Ackerkulturen erheblich. 1993 gingen sowohl die Getreide- als auch die Ölfuchtfläche deutlich zurück, während die Fläche mit Grün- und Schwarzbrache aufgrund der Stilllegungsverpflichtung beim Anbau von Getreide, Ölfrüchten und Eiweißpflanzen einen beträchtlichen Anteil an der Ackerfläche erreichte. Mit sinkendem Mindeststilllegungssatz wurde die Getreidefläche wieder ausgeweitet. Unter ihnen wurden die ertragreicheren Wintergetreidearten und insbesondere der ertragreiche und marktleistungsstarke Winterweizen in allen Hauptnaturräumen weiterhin bevorzugt angebaut. Dabei blieb das Anbauverhältnis der Getreidearten – im Vergleich der Vierjahreszeiträume – in den Naturräumen mit hohem Marktfruchtanteil, also im Hügelland und in der Marsch, nahezu unverändert. Eine weitere Erhöhung des Weizenanteils scheint aus Fruchtfolgegründen nicht mehr möglich. Dagegen blieb die Winterweizenfläche in der Geest erhalten und erhöhte ihren Anteil an den Getreideflächen. Die geringere Bodengüte in der Geest begrenzt eine weitere Ausdehnung der Weizenfläche.

Für das Anbaujahr 1997 ist der EU-Flächenstilllegungssatz in Jahresfrist von 10 % auf 5 % herabgesetzt worden. Die Entwicklung der Anbauflächen bei den vergangenen Kürzungen des Stilllegungssatzes 1995 und 1996 sowie die günstigen Aussaatbedingungen für die Wintersaaten im Herbst 1996 lassen eine Ausweitung der Wintergetreidefläche 1997 erwarten. Dies wird nach den Meldungen der amtlichen Berichtersteller vom Herbst 1996 bestätigt, nach denen – bei einer nahezu unveränderten Wintergerstenaussaatfläche – die Fläche mit Winterweizen (in allen Naturräumen) und die mit Roggensaaten gegen-

über dem Vorjahr jeweils um ein Zehntel zunimmt. Damit steigt die Winterweizenfläche in Schleswig-Holstein erstmals auf über 180 000 ha. Während eine günstige Erzeugerpreisentwicklung bei Winterweizen zu einer deutlichen Anbauausdehnung führte, wurde die Winterrapsfläche trotz guter Erzeugerpreise durch eine späte Ernte der Vorfrucht (Wintergerste oder Winterraps selbst) begrenzt. Die bestellte Winterrapsfläche veränderte sich in Jahresfrist nur wenig.

Andere Marktfrüchte als Getreide wurden mit Einführung der konjunkturellen Flächenstilllegung nur in einzelnen Regionen stärker angebaut: die Hülsenfruchtfläche hat im Vierjahreszeitraum 1993 - 1996 landesweit gegenüber dem vorherigen um ein Zehntel zugenommen, die Kartoffelfläche ist – vor allem in der Marsch – um ein Zehntel ausgeweitet worden, ebenfalls in der Marsch hat der Gemüseanbau mit einer um ein Viertel höheren Fläche an Attraktivität gewonnen, der Anbau von Flachs/Lein nahm erst 1996 stärker zu. In Futterbauregionen hat die Ackerfutterfläche vor allem durch Ausweitung der Silomaisfläche deutlich zugenommen. Die mit dem Anbau dieser schon vorher wichtigsten Feldfutterpflanze verbundenen Prämien (als Hauptfutterfläche Beitrag zur Erlangung von Tierprämien, als Getreide Antragsfläche für die Flächenprämie) senken die Grundfutterkosten und erhöhen ihre relative Vorzüglichkeit. Mit einem ebenfalls verstärkten Anbau von Ackergras hielten sich die Landwirte die Option, Grasland für den Anbau ausgleichsberechtigter Kulturen oder als Stilllegungsfläche nutzen zu können, offen.

Zur Verringerung der eingangs erwähnten Einnahmeverluste sind über die Anbauplanung hinaus weitere betriebsspezifische Kostensenkungen und Einkommensmöglichkeiten in Erwägung zu ziehen, wie z. B. Senkung der Produktionskosten, Zupacht von Flächen, Direktvermarktung oder Urlaub auf dem Bauernhof.

*Kerstin Möbert*



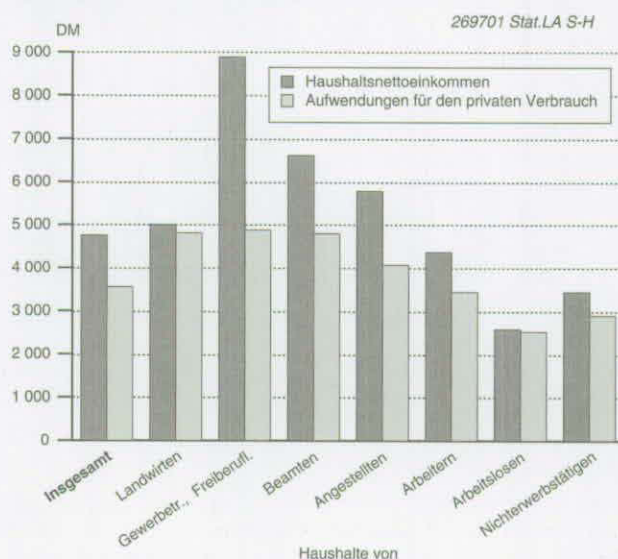
## Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte 1993

Die privaten Haushalte in Schleswig-Holstein erzielten 1993 ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von durchschnittlich 4 748 DM. Das Haushaltsnettoeinkommen war damit um 1,5 % niedriger als im früheren Bundesgebiet. Die Aufwendungen für den privaten Verbrauch betragen 3 560 DM je Haushalt und Monat. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet waren dies 2,2 % weniger. Von den Aufwendungen für den privaten Verbrauch entfielen auf den Kauf von langlebigen hochwertigen Gebrauchsgütern 489 DM (13,7 %), von Gebrauchsgütern begrenzten Werts 440 DM (12,4 %), von Verbrauchsgütern 1 279 DM (35,9 %), auf Reparaturen 93 DM (2,6 %) und auf sonstige Dienstleistungen (u. a. Wohnungsmieten) 1 259 DM (35,4 %). Diese Aufteilung der Aufwendungen für den privaten Verbrauch weicht nur geringfügig von der im früheren Bundesgebiet festgestellten Aufteilung ab.

Diese Ergebnisse beruhen auf der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993. Bei dieser Erhebung führen die freiwillig teilnehmenden Privathaushalte ein Jahr lang Haushaltsbücher über ihre Einnahmen und Ausgaben. Zusätzlich werden über Interviews ergänzende Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der privaten Haushalte gewonnen.

Der Begriff Haushaltsnettoeinkommen stellt ab auf das, was den Haushalten nach den Umverteilungs-transaktionen für Konsum- oder Sparzwecke verbleibt. Es besteht aus den Einkommen aus unselbständiger und aus selbständiger Arbeit und aus Vermögenseinkommen, enthält aber nicht mehr die Steuern auf Einkommen und Vermögen und ebenfalls nicht mehr die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, wohl aber Einkommen aus öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen sowie Einnahmen aus Untervermietung und Einnahmen aus Einkommensübertragungen. Dieser Einkommensbegriff kommt dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten des „verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte“, der allerdings ein sektorielles Aggregat mit völlig anderer Datengrundlage repräsentiert, sehr nahe. Hierzu sei auf den anderen Kurzbericht in diesem Heft verwiesen. Ein wesentlicher Unterschied zum Datenangebot der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besteht darin, daß die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nach Haushaltstypen, auf die im folgenden näher eingegangen wird, differenziert werden können.

### Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993: Haushaltsnettoeinkommen und Aufwendungen für den privaten Verbrauch in Schleswig-Holstein nach dem Haushaltstyp

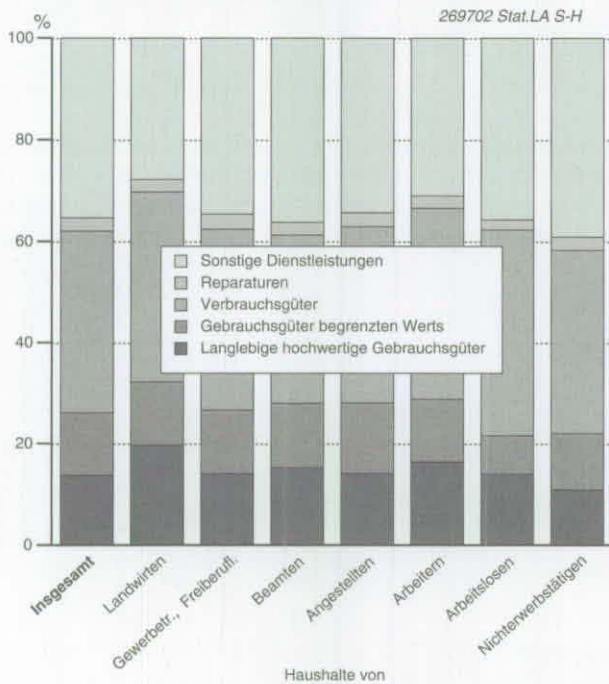


In Schleswig-Holstein wurden die höchsten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen bei den Haushalten von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen ermittelt. Das Nettoeinkommen dieser Haushalte betrug 1993 monatlich 8 888 DM, wovon 55 % für den privaten Verbrauch ausgegeben wurden. Die Haushalte von Arbeitslosen verfügten mit 2 585 DM über die niedrigsten monatlichen Nettoeinkommen, die fast vollständig für den privaten Verbrauch verwendet wurden. Auch die Haushalte von Landwirten verwendeten ihr Nettoeinkommen fast vollständig für den privaten Verbrauch, jedoch verfügten sie mit 5 003 DM über ein erheblich höheres monatliches Haushaltsnettoeinkommen. Die übrigen Haushaltstypen gaben zwischen 70 und 84 % ihres monatlichen Nettoeinkommens für den privaten Verbrauch aus. Die Zahlen der Haushalte von Arbeitslosen und Landwirten sind allerdings statistisch relativ unsicher, weil dieser Typus in der Stichprobe nicht so häufig vorkommt.

Im früheren Bundesgebiet waren die Haushaltsnettoeinkommen der einzelnen Haushaltstypen höher als in Schleswig-Holstein (Ausnahme: Haushalte von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen). Aber



**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993:  
Struktur der Aufwendungen für den privaten  
Verbrauch in Schleswig-Holstein**



auch in Westdeutschland insgesamt verfügten die Haushalte von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen über die höchsten (8 744 DM) und die Haushalte von Arbeitslosen über die niedrigsten Nettoeinkommen (2 706 DM). Der Anteil des Haushaltsnettoeinkommens, der für Aufwendungen für den privaten Verbrauch ausgegeben wurde, weist im Vergleich früheres Bundesgebiet zu Schleswig-Holstein für die einzelnen Haushaltstypen nur wenige Unterschiede auf. So gaben die Landwirte im früheren Bundesgebiet nur 78 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für Aufwendungen des privaten Verbrauchs aus.

Die Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe haben Angaben zu den Aufwendungen für den privaten Verbrauch nach Gütergruppen differenziert geliefert. Wenn auf diese Verbrauchsstruktur im folgenden eingegangen wird, beziehen sich die Prozentangaben nicht auf das Einkommen insgesamt, sondern auf die Ausgaben für den privaten Verbrauch.

Die Verbrauchsstruktur ist erwartungsgemäß je nach Haushaltstyp sehr unterschiedlich. Für den Kauf von langlebigen hochwertigen Gebrauchsgütern gaben die Haushalte von Landwirten in Schleswig-Holstein fast ein Fünftel ihrer Aufwendungen für den privaten Verbrauch aus, während die Haushalte von Nichterwerbstätigen nur knapp 11 % für diese Position verwendeten. Bei den übrigen Haushaltstypen entfielen

zwischen 14,0 und 16,4 % des privaten Verbrauchs auf die langlebigen Gebrauchsgüter. Im früheren Bundesgebiet streute der Anteil der langlebigen Gebrauchsgüter am privaten Verbrauch der Haushaltstypen etwas weniger. Die westdeutschen Haushalte von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen, Beamten, Angestellten und Arbeitern gaben dafür zwischen 15,1 bis 15,4 % ihrer Mittel für den privaten Verbrauch aus, die übrigen Haushaltstypen im früheren Bundesgebiet zwischen 9,7 und 12,3 %.

Für Gebrauchsgüter begrenzten Wertes – hierzu gehören Güter wie Kleidung, Textilien, Werkzeuge, elektrische Kleingeräte usw. – gaben die Haushalte von Arbeitslosen in Schleswig-Holstein nur 7,6 % ihrer Mittel für den privaten Verbrauch aus. Bei den übrigen Haushaltstypen waren es zwischen 11,2 und 14,0 %. Im früheren Bundesgebiet lag auch hier die Spanne bei den einzelnen Haushaltstypen etwas näher beieinander, sie reichte von 10,9 % (Haushalte von Arbeitslosen) bis 13,9 % (Haushalte von Angestellten).

Auf den Erwerb von Verbrauchsgütern entfielen in Schleswig-Holstein zwischen 33,2 % (Haushalte von Beamten) und 40,7 % (Haushalte von Arbeitslosen) der Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Dieses Ergebnis weicht nur geringfügig von den Werten ab, die im früheren Bundesgebiet festgestellt wurden. Die Spanne reichte hier von 32,5 % (Haushalte von Beamten) bis 41,7 % (Haushalte von Arbeitslosen).

Der Anteil für Reparaturen lag bei allen Haushaltstypen in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet zwischen 2,0 und 3,0 %. Für sonstige Dienstleistungen (u. a. Wohnungsmieten) gaben die Haushalte von Landwirten in Schleswig-Holstein nur 27,8 %, die Haushalte von Nichterwerbstätigen aber 39,1 % ihrer Aufwendungen für den privaten Verbrauch aus. Im früheren Bundesgebiet reichte die Spanne bei dieser Position von 31,1 % (Haushalte von Arbeitern) bis 38,9 % (Haushalte von Nichterwerbstätigen). Bei den Ergebnissen fallen hier kaum Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und dem früheren Bundesgebiet insgesamt auf. Lediglich bei den Haushalten von Landwirten war der Anteil der sonstigen Dienstleistungen an den Aufwendungen für den privaten Verbrauch mit 34,7 % in Westdeutschland erheblich höher als in Schleswig-Holstein.

Thorsten Quiel



## Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1992

Der folgende Beitrag behandelt die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins. Landesergebnisse der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gehören seit langem zum Programm des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Kreisergebnisse dagegen waren für 1989 zum ersten Mal aufbereitet worden. Sie werden im Dreijahres-Rhythmus berechnet, da die als Grundlage dienende Einkommensteuerstatistik nur alle drei Jahre erstellt wird. Die steuerstatistischen Quellen sind erst vergleichsweise spät zugänglich. Die Kreisergebnisse des verfügbaren Einkommens können daher nur vergleichsweise spät zur Verfügung gestellt werden. Die Ergebnisse für 1992 bilden also erst den zweiten Wert in der Zeitreihe. Ein Vorteil ist aber, daß die Qualität der regionalen Zuordnung und der monetären Größen in der Einkommensteuerstatistik hervorragend sind.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der ihnen für Konsum und Ersparnis

zur Verfügung steht. Der Rechenweg zur Ermittlung der verfügbaren Einkommen ist dem Schema zu entnehmen.

Bei der Berechnung sind einige methodische Besonderheiten zu berücksichtigen, die ausführlicher als hier schon bei der Präsentation der Ergebnisse von 1989 geschildert worden waren (Heft 1/1995 dieser Zeitschrift). Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte schließen jene der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, also u. a. Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, mit ein. Die Zinsen, die die privaten Haushalte an Banken und Bausparkassen für Wohnungsbaukredite zahlen, finden keine Berücksichtigung, weil die Vermietung von Wohnungen völlig aus dem Sektor der privaten Haushalte ausgegliedert und funktional dem Unternehmenssektor zugeordnet ist.

Die hier gebotenen Zahlen der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind um die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit bereinigt.

### Einkommen der privaten Haushalte einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck – dargestellt an Ergebnissen für Schleswig-Holstein 1992 in Mrd. DM –

199701 Stat.LA S-H		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	62,0	
		Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen <sup>1</sup> 25,5
Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen <sup>1</sup> (Anteil am Volkseinkommen)		87,5
		Geleistete laufende Übertragungen 37,4
		Empfangene laufende Übertragungen 22,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>1</sup>		72,7
Privater Verbrauch	62,4	Ersparnis <sup>1</sup> 10,3

Berechnungsstand: Herbst 1995

<sup>1</sup> ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit



**Verfügbares Einkommen<sup>1</sup> der privaten Haushalte  
einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 1992**

– Berechnungsstand: Herbst 1995 –

KREISFREIE STADT Kreis	Mill. DM	Anteil am Land in %	Je Einwohner		
			DM	Land $\hat{=}$ 100	früheres Bundesgebiet $\hat{=}$ 100
FLENSBURG	2 102	2,9	24 035	88,1	88,5
KIEL	5 796	8,0	23 368	85,6	86,1
LÜBECK	5 524	7,6	25 489	93,4	93,9
NEUMÜNSTER	2 013	2,8	24 703	90,5	91,0
<b>KREISFREIE STÄDTE</b>	<b>15 435</b>	<b>21,2</b>	<b>24 357</b>	<b>89,2</b>	<b>89,7</b>
Dithmarschen	3 216	4,4	24 597	90,1	90,6
Herzogtum Lauenburg	4 822	6,6	29 550	108,3	108,9
Nordfriesland	3 935	5,4	25 455	93,3	93,8
Ostholstein	5 078	7,0	26 409	96,8	97,3
Pinneberg	8 892	12,2	32 442	118,9	119,5
Plön	3 196	4,4	26 055	95,5	96,0
Rendsburg-Eckernförde	6 727	9,3	26 878	98,5	99,0
Schleswig-Flensburg	4 354	6,0	23 915	87,6	88,1
Segeberg	6 818	9,4	30 180	110,6	111,2
Steinburg	3 337	4,6	25 485	93,4	93,9
Stormarn	6 847	9,4	33 932	124,3	125,0
<b>Kreise</b>	<b>57 222</b>	<b>78,8</b>	<b>28 209</b>	<b>103,4</b>	<b>103,9</b>
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>72 656</b>	<b>100</b>	<b>27 292</b>	<b>100</b>	<b>100,5</b>

<sup>1</sup> ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Die Ergebnisse beziehen sich auf ein Aggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, also um einen Gesamtwert der zwischen den wirtschaftenden Institutionen ablaufenden wirtschaftlichen Vorgänge. Sie entstammen nicht, wie etwa die in diesem Heft ebenfalls geschilderten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, unmittelbar aus Befragungen ausgewählter Haushalte. Die Durchschnittsbildung stellt daher auch nicht auf die Zahl der Haushalte ab, sondern, wie bei diesem Aggregat in den VGR üblich, auf die der Einwohner.

Die Ergebnisse zeigen erwartungsgemäß große regionale Unterschiede. Das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner gab es in den Kreisen um Hamburg; das niedrigste in der Landeshauptstadt Kiel. Während es in Kiel 14,6 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt und 13,9 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt lag, war es im Kreis Stormarn mit 24,3 Prozentpunkten über dem Landes- und 25 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt am höchsten. Beides dürfte seinen Grund darin haben, daß viele Bezieher höherer Einkommen im Um-

landbereich größerer Städte leben. Dies macht sich bei den verfügbaren Einkommen im Randbereich von Hamburg, also auch in Stormarn, positiv und in Kiel negativ bemerkbar. Das verfügbare Einkommen je Einwohner in der – nach dem Wohnortprinzip gerechnet – einkommensschwächsten Stadt Kiel lag daher auch erheblich unter dem der Nachbarkreise Plön und Rendsburg-Eckernförde.

Der Durchschnitt der kreisfreien Städte lag 10,8 % unter dem Landesdurchschnitt. Insgesamt übertraf das durchschnittlich verfügbare Einkommen in Schleswig-Holstein das des Bundes um 0,5 %. Ein weiterer Grund für die niedrigen Werte in den kreisfreien Städten ist deren hohe Zahl an Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote lag dort Ende Juni 1992 bei durchschnittlich 9,8 %, somit 2,9 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. In den Kreisen betrug sie dagegen nur durchschnittlich 6,0 %. Der Kreis mit dem höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner, also Stormarn, war auch der Kreis mit der niedrigsten Arbeitslosenquote.

Kristina Gehlker



## Sommersaison 1996 im Spiegel gesicherter Zahlen

Nachdem alle größeren Beherbergungsbetriebe im Lande ihre statistischen Meldungen bis einschließlich Oktober der zentralen Auswertung im Statistischen Landesamt zugeführt haben, kann nunmehr eine gesicherte Bilanz der Übernachtungen im Fremdenverkehr in der Sommersaison 1996 vorgelegt werden:

Im Sommerhalbjahr 1996, also in den Monaten Mai bis Oktober kamen in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) 2,7 Mill. Gäste an, die 16 Mill. Übernachtungen buchten. Wie das Statistische Landesamt weiter mitteilte, lag die Zahl der Übernachtungsgäste in Schleswig-Holstein geringfügig höher (+ 0,3 %), und die ihrer Übernachtungen war etwas kleiner (- 0,9 %) als im Sommerhalbjahr zuvor. Die Entwicklung des Gäste- und Übernachtungsaufkommens scheint sich nach dem Sommerhalbjahr 1995 insgesamt weiter stabilisiert zu haben. Dieses grobe Fazit bedarf allerdings einer ergänzenden Betrachtung.

Nicht alle Reisegebiete zogen gleichermaßen Nutzen aus dem insgesamt knapp behaupteten Fremdenverkehrsmarkt. Während die Nordsee eine Saison mit noch geringfügig höheren Übernachtungszahlen (+ 0,5 %) erlebte, ging das Übernachtungsvolumen in den anderen Reisegebieten zurück. Gab die Zahl der gebuchten Übernachtungen im Reisegebiet Ostsee noch moderat um 1,1 % zur Vorjahressaison nach, mußte das Binnenland größere Einbußen hinnehmen. In der Holsteinischen Schweiz schrumpfte das Übernachtungsaufkommen um 1,1 %, im übrigen Binnenland gar um 4,1 %.

Auch von den Betriebsarten hatten nicht alle gleichermaßen am knapp behaupteten Gesamtergebnis teil. So mußte die herkömmliche Hotellerie, das sind Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis zusammen, wie schon im Vorjahr abermals ein verringertes Übernachtungsvolumen (- 2,7 %) hinnehmen. Weniger ausgeprägt (- 0,5 %) ist die Situation bei den

### Betten, Betriebe, Gäste und Übernachtungen in den Sommerhalbjahren seit 1981

– Betriebe mit 9 und mehr Betten einschl. Jugendherbergen –

Sommerhalbjahr (Mai bis Oktober)	Betriebe <sup>1</sup>	Betten <sup>1</sup>	Gäste		Übernachtungen		
			insgesamt	darunter aus dem Ausland	insgesamt	darunter von Gästen aus dem Ausland	je Bett Sp. 5 : Sp. 2 bei insg. 184 Bettentagen
Anzahl							
1981	4 104	144 386	1 851 562	184 234	11 976 633	343 378	82,9
1982	4 127	145 948	1 887 750	179 684	12 958 279	315 637	88,8
1983	4 159	147 547	1 888 928	175 168	12 857 066	334 654	87,1
1984	4 146	147 051	2 052 462	196 156	13 095 598	344 889	89,1
1985	4 122	147 081	2 144 156	230 410	13 070 591	414 588	88,9
1986	4 128	148 524	2 257 327	264 018	13 676 327	473 836	92,1
1987	4 020	148 992	2 259 496	267 337	13 750 748	475 070	92,3
1988	4 072	152 413	2 294 286	266 803	13 483 824	477 311	88,5
1989	4 137	156 048	2 432 787	305 431	13 706 051	572 710	87,8
1990	4 104	154 043	2 680 725	330 259	15 077 332	589 055	97,9
1991	4 076	153 764	2 814 179	361 964	15 826 552	677 237	102,9
1992	4 514	162 063	2 874 071	328 618	16 928 448	629 362	104,5
1993	4 428	164 443	2 713 952	222 450	16 603 067	450 732	101,0
1994	4 658	169 271	2 681 474	206 056	16 100 145	429 075	95,1
1995	4 641	169 793	2 723 481	191 337	16 336 690	410 510	96,2
1996	4 807	173 608	2 730 534	204 152	16 185 121	412 417	93,2

<sup>1</sup> 1981 - 1986: 01.04.; 1987: 01.01.; 1988 - 1992: 01.07.; 1993: 01.01.; 1994 - 1996: 01.07.



Beherbergungsstätten, die den übrigen Betriebsarten (z. B. Heime, Jugendherbergen, Ferienzentren und Ferienwohnungen) zugerechnet werden. Wiederum vermehrt (+ 2,4 %) sind dagegen die Übernachtungen in Sanatorien und Kurkrankenhäusern.

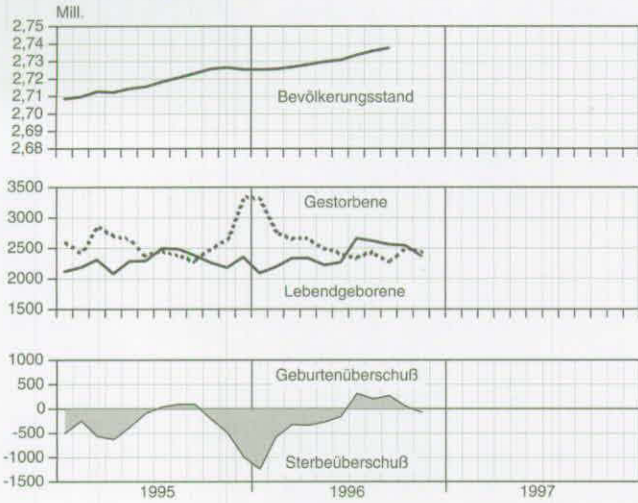
Das umsatzstärkste Segment im Beherbergungsgewerbe (mit über 1 Mrd. DM Jahresumsatz 1992) stellt die herkömmliche Hotellerie. Leuchtet man ihr im Vergleich zur Sommersaison 1995 um 2,7 % verringertes Übernachtungsvolumen regional nach Reisegebieten näher aus, so zeigt sich, daß das Binnenland (Holsteinische Schweiz - 6,5 %, übriges Binnenland - 5,2 %) in diesem Marktsegment überproportionale Einbußen am Übernachtungsaufkommen hinnehmen mußte. An der Nordsee und auf ihren Inseln

war der Rückgang (- 3,0 %) fast durchschnittlich, allein das Reisegebiet Ostsee mit der Insel Fehmarn konnte das Übernachtungsvolumen der Vorjahressaison in diesem Marktsegment (- 0,4 %) annähernd behaupten. Vergleichsweise stabil blieb hier die Zahl der Übernachtungen in den Hotels, die an der Ostsee das größte Übernachtungskontingent in der herkömmlichen Hotellerie stellen. Markant rückläufig dagegen war die Zahl der Übernachtungen in Gasthöfen und in Pensionen der Holsteinischen Schweiz. Neben den Übernachtungsgästen, die im Sommer in Beherbergungsstätten wohnen, gibt es im Lande, und dort besonders an der Ostsee, eine vergleichsweise hohe Zahl an Campinggästen. 2,4 Mill. Gästeankünfte (- 1,2 %) und 11,2 Mill. Übernachtungen (- 2,0 %) errechneten sich in der Sommersaison 1996.

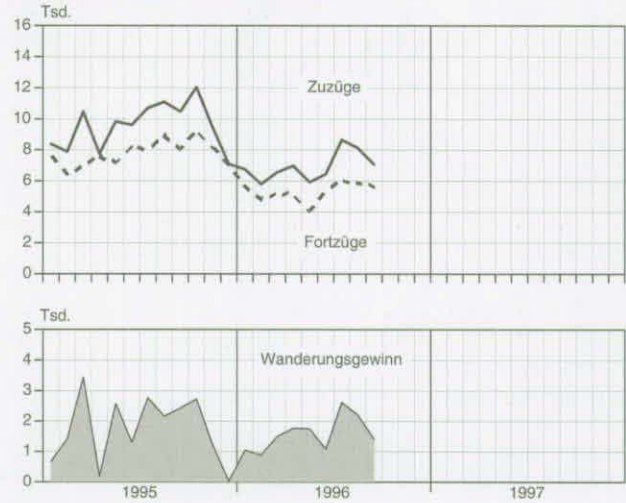
*Gerd Scheel*



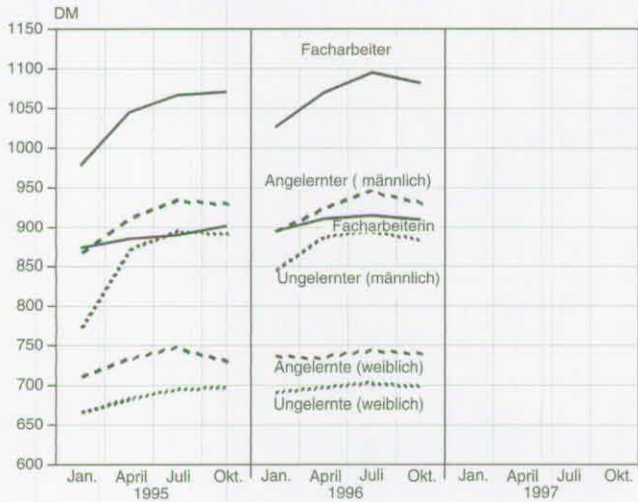
**Bevölkerungsstand**



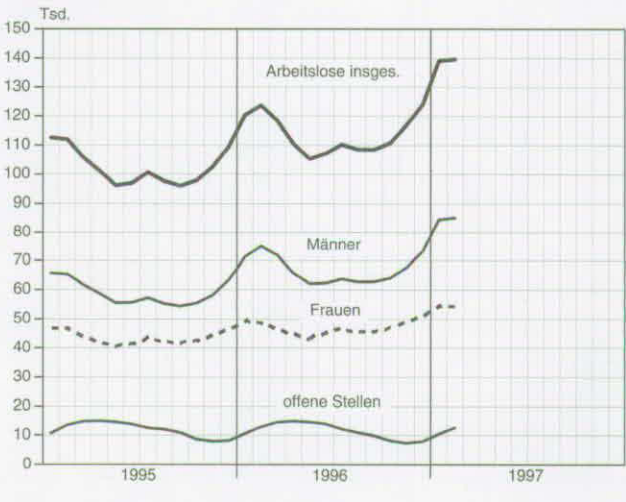
**Bevölkerungsveränderung**



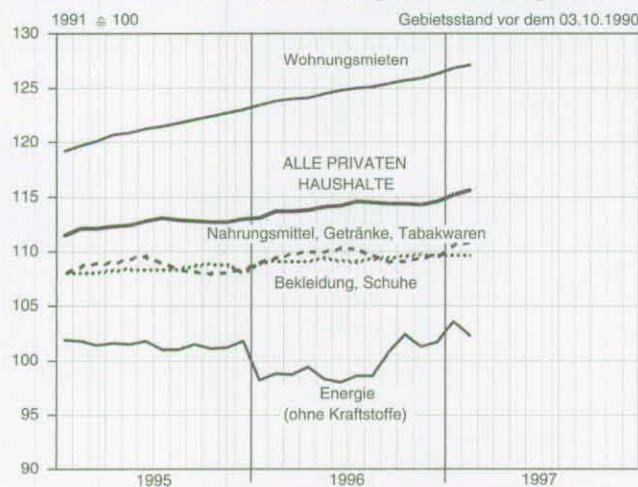
**Bruttowochenverdienste<sup>1</sup>**



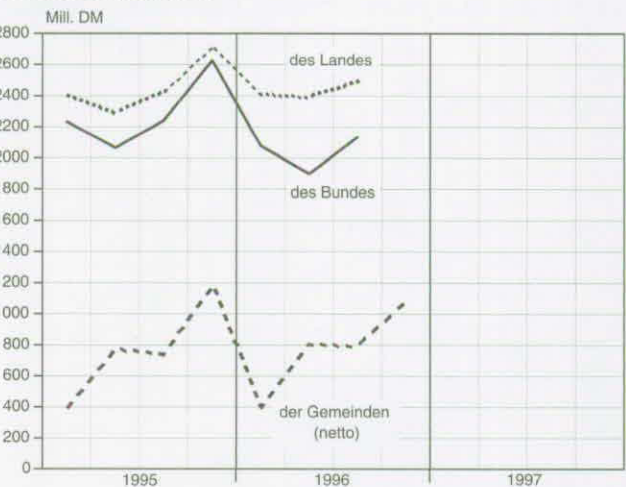
**Arbeitslose**



**Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet**



**Steuereinnahmen**

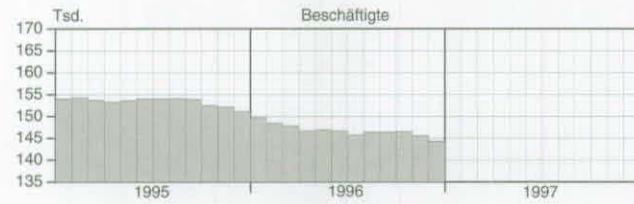
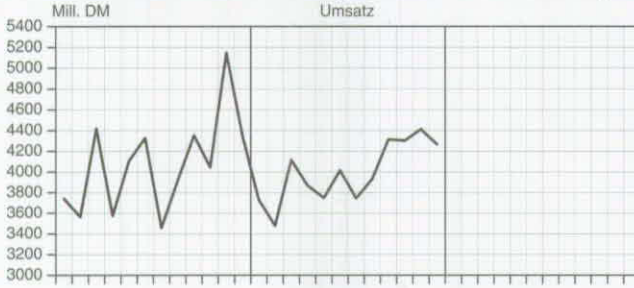


<sup>1</sup> ab Januar 1996 neuer Berichtskreis und Umstellung auf WZ 93

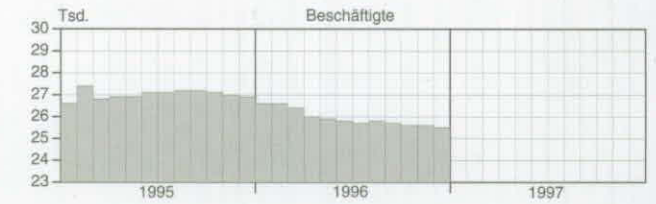
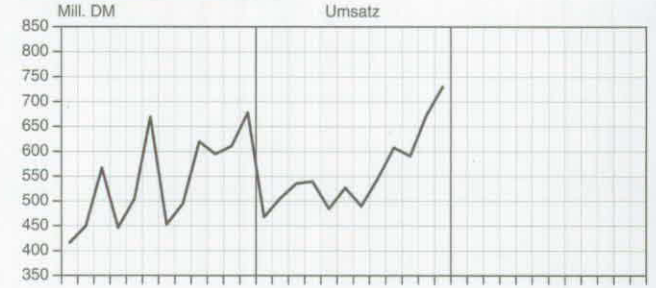


**Verarbeitendes Gewerbe**

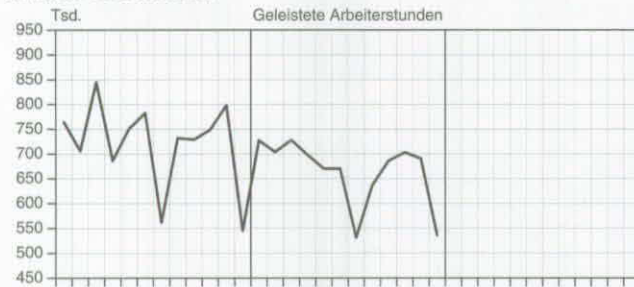
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



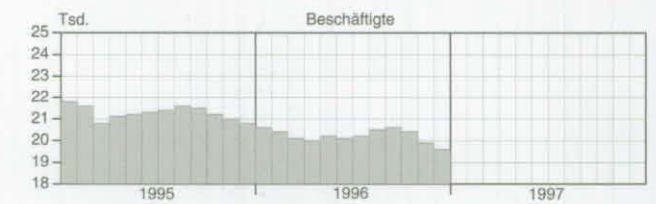
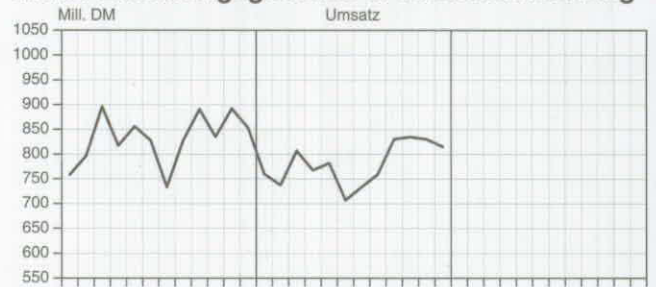
**darunter Maschinenbau**



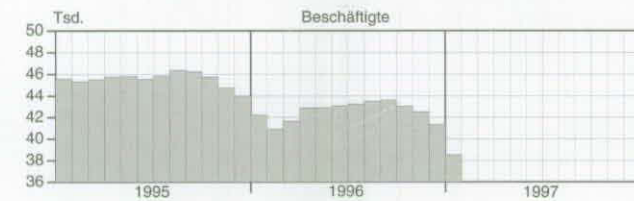
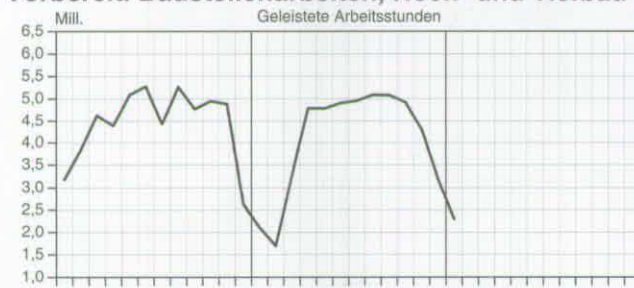
**darunter Schiffbau**



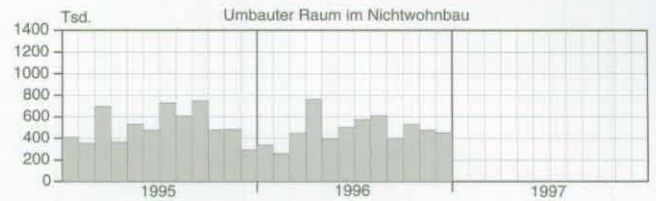
**darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung**



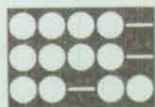
**Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau**



**Baugenehmigungen**







<i>Daten zur Konjunktur .....</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen .....</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>12</i>

## **Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein**



Daten zur Konjunktur  
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>Energiewirtschaft</b>		<b>Januar 1997</b>		<b>Januar bis Dezember 1996</b>	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	3 177	+ 5,3	2 425	+ 4,0
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	...	...	147	- 4,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	...	...	12	- 6,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	...	...	758	- 2,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	...	...	3 980	- 2,5
Inlandsumsatz	Mill. DM	...	...	2 947	- 2,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	...	...	1 033	- 3,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige		.	...	.	- 4,3
aus dem Inland		.	...	.	- 5,4
aus dem Ausland		.	...	.	+ 0,1
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>2</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	39	- 8,8	43	- 6,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	2	+ 9,2	4	- 10,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	136	- 4,9	167	- 7,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	253	- 2,8	541	- 9,4
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. DM	167	- 11,8	291	- 12,7
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	...	...	1 434	- 10,7
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>2</sup> umbauter Raum	...	...	478	- 7,1
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>					
Umsatz	Meßziffer 1994 = 100	91,7	+ 2,4	100,7	+ 0,7
<b>Gastgewerbe</b>					
Umsatz	Meßziffer 1994 = 100	65,5	- 1,5	97,2	- 2,8
<b>Fremdenverkehr<sup>5</sup></b>					
Ankünfte	1 000	124	+ 1,1	330	- 0,9
Übernachtungen	1 000	528	- 11,7	1 800	- 1,8
<b>Arbeitsmarkt</b>					
Arbeitslose	Anzahl	139 080	+ 15,5	113 083	+ 10,7
Offene Stellen	Anzahl	10 467	- 0,7	11 537	- 3,5
Kurzarbeiter	Anzahl	9 783	+ 17,3	5 826	+ 90,2
<b>Insolvenzen</b>					
Anzahl		93	+ 14,8	80	+ 9,8

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II1/E III 1

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

Daten zur Konjunktur  
Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1996	Februar 1996	März 1996	April 1996	Mai 1996	Juni 1996	Juli 1996	August 1996	Sept. 1996	Okt. 1996	Nov. 1996	Dez. 1996	Jan. 1997
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>														
Beschäftigte	Land	- 4,4	- 3,9	- 4,1	- 4,3	- 4,5	- 4,8	- 5,4	- 5,1	- 4,8	- 4,0	r- 4,3	r- 4,5	...
	Bund	- 3,7	- 2,7	- 3,1	- 3,4	- 3,6	- 3,9	- 4,1	- 4,3	- 4,3	- 3,9	- 4,2	- 4,0	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 6,1	- 4,0	- 11,4	- 0,6	- 9,3	- 9,4	- 1,1	- 6,7	- 5,3	r- 2,9	r- 8,1	r- 3,3	...
	Bund	- 5,8	- 2,4	- 10,5	- 0,7	- 9,5	- 9,2	- 1,4	- 8,3	- 6,4	- 2,6	- 7,0	- 5,4	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 0,7	+ 1,8	- 1,4	- 2,5	+ 3,8	- 2,2	- 0,5	- 2,4	- 2,1	r- 1,5	r- 2,3	r- 4,0	...
	Bund	- 0,7	+ 5,7	- 3,3	+ 0,4	- 0,4	- 2,3	+ 0,1	- 2,1	- 1,1	- 1,3	- 4,0	- 2,3	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 2,7	- 1,4	- 8,0	+ 8,3	- 8,6	- 7,1	+ 8,8	+ 0,1	- 3,2	r+ 6,3	r- 14,2	r- 1,8	...
	Bund	+ 0,2	+ 0,5	- 8,0	+ 6,6	- 5,1	- 4,5	+ 6,6	- 3,1	+ 0,9	+ 6,8	+ 0,6	+ 0,7	...
Inlandsumsatz	Land	- 2,5	- 4,0	- 4,6	+ 5,4	- 5,2	- 10,2	+ 6,2	+ 0,4	- 2,3	r+ 5,2	r- 15,2	r- 5,1	...
	Bund	- 1,8	- 1,1	- 9,4	+ 4,5	- 7,0	- 6,4	+ 3,1	- 4,6	- 1,3	+ 4,1	- 2,3	- 1,2	...
Auslandsumsatz	Land	- 3,3	+ 6,4	- 17,5	+ 17,9	- 17,7	+ 2,3	+ 17,8	- 1,5	- 5,8	r+ 9,7	r- 11,8	r+ 7,2	...
	Bund	+ 5,0	+ 4,4	- 4,8	+ 11,5	- 0,6	- 0,1	+ 15,5	+ 0,8	+ 6,0	+ 13,3	+ 7,5	+ 5,0	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 4,3	- 0,4	- 10,7	+ 17,5	- 9,5	+ 22,2	- 38,8	- 5,9	- 13,2	r+ 3,6	r- 5,0	r+ 4,0	...
	Bund	- 0,2	- 3,5	- 7,5	+ 6,8	- 4,5	- 2,0	+ 4,6	+ 0,2	- 2,6	+ 9,6	+ 0,9	- 1,2	p+ 2,6
aus dem Inland	Land	- 6,4	- 0,2	- 10,1	+ 18,2	- 5,5	+ 28,6	- 48,8	- 6,2	- 13,2	r- 0,6	r- 6,0	r- 1,1	...
	Bund	- 3,3	- 5,9	- 10,1	+ 3,9	- 9,2	- 2,2	+ 0,4	- 4,9	- 6,3	+ 5,8	- 3,8	- 3,9	p- 2,8
aus dem Ausland	Land	- 0,2	- 0,7	- 11,9	+ 16,2	- 17,2	+ 9,0	+ 1,9	- 5,2	- 13,2	r+ 11,4	r- 3,3	r+ 14,3	...
	Bund	+ 4,9	+ 0,2	- 3,3	+ 12,1	+ 2,1	- 1,8	+ 11,7	+ 9,9	+ 4,0	+ 16,1	+ 8,8	+ 3,0	p+ 11,4
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 5,0	- 6,1	-	-	r+ 3,6	-	-	+ 13,9	-	-	r+ 5,0	-	-
	Bund	- 4,3	- 6,0	-	-	- 6,2	-	-	- 3,6	-	-	- 1,1	-	-
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>2</sup></b>														
Beschäftigte	Land	- 6,1	- 7,1	- 8,6	- 6,3	- 6,4	- 5,5	- 5,7	- 6,2	- 5,7	- 5,9	- 5,0	- 6,0	- 8,8
	Bund	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 10,9	- 56,7	- 32,2	+ 4,7	- 9,5	- 6,9	+ 7,5	- 7,0	+ 2,2	- 4,3	- 15,1	+ 17,1	+ 9,2
	Bund	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 7,3	- 22,8	- 29,6	+ 1,6	- 6,4	- 7,9	+ 1,5	- 8,0	- 1,7	- 2,9	- 15,2	+ 9,3	- 4,9
	Bund	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 9,4	- 39,6	- 34,1	- 15,4	- 14,0	- 9,1	- 0,1	- 9,6	- 2,2	+ 0,1	+ 1,2	+ 9,1	- 2,8
	Bund	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Auftragseingang <sup>3</sup>	Land	- 12,7	- 43,3	- 21,4	- 5,7	- 26,1	+ 25,5	- 6,4	+ 2,3	- 6,4	- 26,1	- 35,8	+ 26,8	- 11,8
	Bund	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	p- 10,7	- 22,0	- 23,9	- 12,9	+ 7,0	+ 11,9	- 1,8	+ 1,6	- 19,0	+ 4,0	- 29,7	- 21,5	...
	Bund	...	- 17,5	- 19,0	- 7,0	- 18,7	- 2,3	- 10,6	- 13,8	- 10,0	- 8,8	...	...	...
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	p- 7,1	- 26,6	- 36,2	+ 110,2	- 26,5	+ 4,8	- 21,3	+ 0,3	- 46,7	+ 10,2	- 1,0	+ 53,9	...
	Bund	...	- 10,0	- 20,2	+ 19,6	- 17,6	+ 2,2	+ 6,9	- 5,1	+ 2,0	- 2,1	...	...	...
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>														
Umsatz	Land	+ 0,7	+ 0,2	- 3,3	+ 4,0	+ 0,1	- 4,6	+ 6,4	+ 1,0	- 0,7	+ 5,6	- 0,5	- 2,0	+ 2,4
	Bund	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Gastgewerbe</b>														
Umsatz	Land	- 2,0	- 1,4	+ 1,4	- 3,0	+ 0,3	- 4,7	- 3,7	+ 0,6	- 2,9	- 0,5	- 1,3	- 2,9	- 1,5
	Bund	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Fremdenverkehr<sup>5</sup></b>														
Ankünfte	Land	- 0,9	- 0,9	+ 6,1	- 12,0	+ 2,9	- 1,8	- 2,4	+ 6,2	- 4,8	+ 1,1	+ 2,5	- 4,5	p+ 1,1
	Bund	...	+ 3,5	+ 1,9	- 1,5	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 4,6	- 0,6	+ 3,7	p+ 5,0	...	...
Übernachtungen	Land	- 1,8	+ 0,4	+ 6,6	- 12,4	+ 1,4	- 3,0	+ 0,2	- 0,2	- 2,6	- 1,8	- 2,7	- 7,9	p- 11,7
	Bund	...	+ 1,8	+ 1,5	- 3,2	- 2,5	- 3,2	- 1,2	- 1,0	- 3,0	- 0,5	- 0,8	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>														
Arbeitslose	Land	+ 10,7	+ 10,4	+ 12,0	+ 9,2	+ 9,5	+ 10,6	+ 9,4	+ 11,1	+ 12,9	+ 13,1	+ 13,9	+ 13,1	+ 15,5
	Bund	+ 9,0	+ 8,9	+ 9,9	+ 8,0	+ 8,8	+ 8,6	+ 8,5	+ 9,3	+ 10,5	+ 11,1	+ 11,4	+ 10,6	+ 12,6
Offene Stellen	Land	- 3,5	- 4,8	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,7	- 3,1	- 9,3	- 9,3	- 5,3	- 6,4	- 3,6	- 0,7
	Bund	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,2	+ 0,2	+ 2,6	+ 0,3	- 1,1	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3
Kurzarbeiter	Land	+ 90,1	+ 166,1	+ 237,1	+ 131,4	+ 94,8	+ 86,6	+ 120,9	+ 93,6	+ 5,7	+ 20,1	- 3,1	- 9,1	+ 17,3
	Bund	+ 61,1	+ 78,7	+ 87,3	+ 105,5	+ 68,2	+ 77,5	+ 108,2	+ 86,4	+ 50,7	+ 50,2	+ 13,4	- 5,2	- 5,6
<b>Insolvenzen</b>														
Anzahl	Land	+ 9,8	- 3,8	+ 27,8	+ 106,3	+ 18,2	+ 82,5	- 1,9	+ 14,5	- 8,2	+ 10,1	- 46,5	+ 27,9	+ 14,8
	Bund	...	+ 15,5	+ 3,9	+ 19,4	+ 12,3	+ 12,0	+ 10,2	+ 8,4	+ 8,2	+ 22,5	+ 1,0	...	...

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.



# Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1</sup>				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt <sup>2</sup>				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund <sup>3</sup> ≅ 100
	1 000													
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	91 190	+ 9,1	91 190	+ 4,8	92
1992	135	11	48	62	6	10	36	31	24	97 071	+ 6,4	93 126	+ 2,1	92
1993	139	11	49	62	7	10	36	32	23	99 980	+ 3,0	92 982	- 0,2	92
1994	144	12	49	62	9	10	36	30	24	104 831	+ 4,9	95 352	+ 2,5	92
1995	150	11	50	62	10	10	36	31	23	109 339	+ 4,3	97 449	+ 2,2	93

Jahr	Landwirtschaft											
	Viehbestand am 03.12.					Schlachtungen <sup>6</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>5</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben	
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>4</sup>										
	1 000											
1991	1 473 <sup>a</sup>	458 <sup>a</sup>	1 387 <sup>a</sup>	- <sup>a</sup>	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768	
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768	
1993	1 424 <sup>a</sup>	431 <sup>a</sup>	1 378 <sup>a</sup>	- <sup>a</sup>	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779	
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699	
1995	1 398 <sup>a</sup>	421 <sup>a</sup>	1 269 <sup>a</sup>	.	318	1 464	p 2 408	p 5 656	2 151	154	715	

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>7</sup>										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom <sup>8</sup>	
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE <sup>9</sup>				
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 073	10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
								1 000 t		Mill. kwh		
1995	p 153	p 97	p 157	p 4 856	p 4 321	p 48 984	p 12 787	p 162	p 887	p 5 174	p 3 374	48

<sup>1</sup> Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

<sup>2</sup> ab 1993 vorläufiges Ergebnis

<sup>3</sup> Gebietsstand vor dem 03.10.1990

<sup>4</sup> ohne Ammen- und Mutterkühe

<sup>5</sup> ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

<sup>6</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

<sup>7</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigsystematik (WZ'93)

<sup>8</sup> ohne Eigenerzeugung

<sup>9</sup> 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ≅ 29 308 MJ

<sup>a</sup> repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>1</sup>	fertiggestellte Wohnungen <sup>1</sup>		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1 000			Mill. DM				1 000				
1991	12	9	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	24	1 230	p 13 629	p 7 010	p 821	p 11 912	3 996	300	21 988	665

Jahr	Kfz-Bestand <sup>3</sup> am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen <sup>5</sup> am 31.12.	Sozialhilfe <sup>6</sup>			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw <sup>4</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
	1 000							Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	p 15 449	p 268	p 20 465	26 765	2 238,1	873,5	...	121,9

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>6</sup>	
	des Bundes	des Landes <sup>7</sup>	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
Mill. DM												
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet <sup>9</sup>					Löhne und Gehälter <sup>11</sup>						
	Erzeugerpreise <sup>10</sup>		für Wohngebäude 1991 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1991 = 100		Industriearbeiter <sup>12</sup>		Angestellte in Industrie <sup>12</sup> und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1991 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt <sup>13</sup>		
									kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
DM												
1991	100,0	94,1	100,0	100,0	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 200	
1992	101,4	91,9	105,7	104,0	103,3	899 <sup>a</sup>	640 <sup>a</sup>	4 808 <sup>a</sup>	3 330 <sup>a</sup>	5 453 <sup>a</sup>	4 284	
1993	101,4	84,7	110,5	107,7	105,4	930 <sup>a</sup>	665 <sup>a</sup>	5 071 <sup>a</sup>	3 533 <sup>a</sup>	5 724 <sup>a</sup>	4 411	
1994	102,0	86,5	112,8	110,6	107,1	978 <sup>a</sup>	695 <sup>a</sup>	5 233 <sup>a</sup>	3 677 <sup>a</sup>	5 911 <sup>a</sup>	4 498	
1995	103,7	87,1	115,4	112,5	108,6	1 000 <sup>a</sup>	722 <sup>a</sup>	5 405 <sup>a</sup>	3 856 <sup>a</sup>	6 115 <sup>a</sup>	4 639	

<sup>1</sup> Errichtung neuer Gebäude

<sup>2</sup> nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

<sup>3</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

<sup>4</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

<sup>5</sup> ohne Postsparanlagen

<sup>6</sup> Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

<sup>7</sup> einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

<sup>8</sup> einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

<sup>9</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

<sup>10</sup> ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

<sup>11</sup> Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

<sup>12</sup> einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

<sup>13</sup> Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stellenzulage

<sup>a</sup> Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.



# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1995	1996	1995/96			1996/97			
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 717	...	p 2 726	p 2 726	p 2 725	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 473	...	p 772	p 1 406	p 403	...	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,5	...	p 3,4	p 6,1	p 1,7	...	...	...	...
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 286	...	p 2 179	p 2 354	p 2 094	...	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,1	...	p 9,7	p 10,2	p 9,0	...	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 607	...	p 2 661	p 3 345	p 3 328	...	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,5	...	p 11,9	p 14,4	p 14,4	...	...	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 11	...	p 9	p 8	p 10	...	...	...	...
	je 1 000 Lebendgeborene	p 4,8	...	p 4,0	p 3,4	p 4,8	...	...	...	...
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p - 321	...	p - 482	p - 991	p - 1 234	...	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p - 1,4	...	p - 1,9	p - 4,3	p - 5,3	...	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 567	...	9 464	7 088	6 754	...	...	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 890	...	3 792	1 864	1 519	...	...	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	7 823	...	8 243	7 061	5 716	...	...	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 236	...	1 255	1 168	1 093	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 744	...	1 221	27	1 038	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>1</sup>	Anzahl	11 102	...	12 001	11 326	12 305	...	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	28 491	...	29 708	25 475	24 775	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	102	113	103	110	120	111	117	124	139
darunter Männer	1 000	59	66	58	63	71	64	68	73	84
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,1	5,8	4,0	5,8	8,3	2,9	3,9	5,3	9,8
darunter Männer	1 000	2,5	5,0	3,3	4,7	7,2	2,3	3,1	4,5	8,7
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,0	11,5	8,0	8,3	10,5	8,2	7,5	8,0	10,5
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
<b>Viehbestand</b>										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 398 <sup>a</sup>	p 1 396 <sup>a</sup>	.	1 398	.	.	.	p 1 396	.
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	421 <sup>a</sup>	p 422 <sup>a</sup>	.	421	.	.	.	p 422	.
Schweine	1 000	1 269 <sup>a</sup>	p 1 292 <sup>a</sup>	.	1 269	.	.	.	p 1 292	.
darunter Zuchtsauen	1 000	118 <sup>a</sup>	p 121 <sup>a</sup>	.	118	.	.	.	p 121	.
darunter trächtig	1 000	83 <sup>a</sup>	p 84 <sup>a</sup>	.	83	.	.	.	p 84	.
<b>Schlachtungen</b>										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	26	p 31	35	23	27	45	44	30	37
Kälber	1 000 St.	1	p 1	1	0	0	1	1	0	1
Schweine	1 000 St.	121	p 109	126	106	115	115	113	97	114
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	p 1	1	1	1	1	1	1	1
* Schlachtmenge <sup>2</sup> aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,5	p 19,8	22,2	16,7	18,7	24,4	23,4	17,8	21,8
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,1	p 9,6	10,5	6,9	8,1	13,5	12,8	8,7	11,1
* Kälber	1 000 t	0,1	p 0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	11,0	p 9,9	11,4	9,5	10,3	10,5	10,3	8,8	10,4
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	311	p 307	306	305	307	307	297	293	302
Kälber	kg	130	p 136	131	128	131	138	136	134	134
Schweine	kg	91	p 91	91	90	91	92	92	91	92
<b>Geflügel</b>										
Konsumeier <sup>3</sup>	1 000	28 793	29 010	26 946	30 910	27 271	30 691	31 261	29 183	28 371
* Geflügelfleisch <sup>4</sup>	1 000 kg	59	61	.	.	.	.	.	.	.
<b>Milcherzeugung</b>										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	...	95	96	97	95	96	96	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	...	14,4	14,5	14,6	15,1	15,1	15,3	...

<sup>1</sup> ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

<sup>2</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

<sup>3</sup> in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

<sup>4</sup> aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

<sup>a</sup> Dezember

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1995/96			1996/97			
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	153	147	152	151	r 149	146	146	144	...
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	97	92	96	95	r 94	92	91	90	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	13 118	12 320	13 853	11 681	r 12 370	12 898	12 749	11 323	...
* Lohnsumme	Mill. DM	404,7	397,2	517,5	410,9	r 390,6	387,0	496,1	397,6	...
* Gehaltssumme	Mill. DM	360,1	361,8	464,0	397,9	r 353,5	336,4	460,9	369,4	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 082	3 973	5 144	4 344	r 3 590	4 338	4 430	4 202	...
* Inlandsumsatz	Mill. DM	3 016	2 943	3 650	3 180	r 2 750	3 215	3 091	2 977	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 066	1 030	1 495	1 164	r 840	1 123	1 339	1 225	...
Kohleverbrauch	1 000 t	14	15	-	-	-	-	-	-	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	431	426	-	-	-	-	-	-	-
Stadt- und Kokerigas	Mill. kWh	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Heizölverbrauch	1 000 t	74	76	-	-	-	-	-	-	-
leichtes Heizöl	1 000 t	6	7	-	-	-	-	-	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	68	68	-	-	-	-	-	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	315	326	332	291	r 313	335	336	302	...
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	46	39	37	37	40	44	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 331	2 423	2 870	2 974	-	1 343	1 959	r 3 007	3 177
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 030	1 041	1 102	1 214	-	1 048	1 086	r 1 148	1 264
Gaserzeugung (netto)	1 000 m³	2 607	...	-	-	-	-	-	-	-
<b>Handwerk (Meßzahlen)<sup>3</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,4	...	-	109,7	-	-	-	...	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	241,0	...	-	250,6	-	-	-	...	-
<b>Baugewerbe<sup>4</sup></b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>5</sup></b>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	45 330	42 566	44 758	43 991	42 209	43 046	42 500	41 331	38 513
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 595	4 093	5 085	2 743	2 107	4 925	4 315	3 211	2 301
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 247	2 006	2 520	1 361	1 104	2 434	2 081	1 559	1 307
gewerbliche und industrielle Bauten <sup>6</sup>	1 000	1 145	942	1 175	686	557	1 076	1 053	787	561
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 159	1 098	1 355	663	429	1 364	1 147	848	410
* Lohnsumme	Mill. DM	146,4	133,5	236,7	112,8	113,7	146,5	193,5	127,2	105,7
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,4	33,3	54,0	33,9	29,5	30,9	53,1	33,0	30,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	597,6	541,5	674,2	646,7	260,6	669,6	682,1	705,5	253,3
Auftragseingang <sup>7</sup>	Mill. DM	334,1	291,5	301,0	213,8	189,3	278,2	193,2	271,1	166,9
<b>Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe<sup>7</sup></b>										
* Beschäftigte	Anzahl	-	12 296	-	-	12 449	12 559	12 493	12 241	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	-	1 357	-	-	1 312	1 495	1 419	1 237	-
* Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	-	48,1	-	-	46,7	49,2	59,7	48,9	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	-	145,0	-	-	84,5	165,8	180,1	220,9	-

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1.1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegen für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

<sup>2</sup> ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

<sup>3</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe

<sup>4</sup> ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

<sup>5</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

<sup>6</sup> einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

<sup>7</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

\*Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.



# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1995	1996	1995/96			1996/97			
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	683 p	729	559	491	630	788	611	414	...
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	494 p	561	370	338	484	627	458	300	...
2 Wohnungen	Anzahl	94 p	92	93	57	88	85	87	61	...
* Rauminhalt	1 000 m³	730 p	694	682	592	596	738	537	476	...
* Wohnfläche	1 000 m²	138 p	132	129	111	110	136	103	91	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112 p	105	110	75	69	118	115	79	...
* Rauminhalt	1 000 m³	515 p	478	483	293	337	529	478	451	...
* Nutzfläche	1 000 m²	84 p	79	81	51	58	90	82	64	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 879 p	1 641	1 815	1 545	1 415	1 631	1 336	1 288	...
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	p 1 135,8	...	1 046,2	1 329,3	1 057,2	1 372,5	...	...	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	p 143,1	...	160,3	195,1	176,2	161,6	...	...	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	p 992,7	...	885,9	1 134,1	881,0	1 210,9	...	...	...
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	p 24,1	...	25,5	25,3	27,9	25,9	...	...	...
* Halbwaren	Mill. DM	p 63,7	...	55,8	63,2	67,4	93,1	...	...	...
* Fertigwaren	Mill. DM	p 904,9	...	804,5	1 045,6	785,7	1 091,9	...	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	p 132,8	...	121,3	142,6	139,6	187,3	...	...	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	p 772,1	...	683,3	903,1	646,0	904,6	...	...	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	547,3	...	545,2	640,7	646,5	689,3	...	...	...
darunter										
Niederlande	Mill. DM	80,8	...	96,6	111,3	109,6	104,9	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	79,2	...	73,2	88,0	85,0	98,5	...	...	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	76,2	...	66,7	68,9	80,1	93,2	...	...	...
Dänemark	Mill. DM	62,3	...	68,5	68,3	85,8	77,6	...	...	...
<b>Einzelhandelsumsätze insgesamt</b>	1995 = 100	100,0	100,7	105,3	115,9	89,6	102,4	104,8	113,6	91,7
(einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)										
<b>Gastgewerbeumsätze</b>	1995 = 100	100,0	98,0	74,0	82,2	66,5	96,4	73,4	79,8	65,5
<b>Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten</b>										
* Ankünfte	1 000	333	330	202	180	123	351	207	172	p 124
darunter von Auslandsgästen	1 000	25	26	22	19	10	26	22	19	p 11
* Übernachtungen	1 000	1 832	1 800	797	723	597	1 759	776	666	p 528
darunter von Auslandsgästen	1 000	55	55	51	44	25	57	48	44	p 26
<b>VERKEHR</b>										
<b>Seeschifffahrt<sup>1</sup></b>										
Güterempfang	1 000 t	1 905	...	1 864	1 538	1 748	2 196	...	...	...
Güterversand	1 000 t	1 086	...	1 151	1 125	1 228	1 340	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1 000 t	179	151	180	162	83	182	148	150	...
* Güterversand	1 000 t	207	185	192	181	139	224	163	148	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>2</sup>	Anzahl	10 204	10 860	9 414	8 029	9 459	10 707	10 011	8 332	...
darunter Krafträder	Anzahl	576	745	127	67	116	359	226	161	...
* Personenkraftwagen <sup>3</sup>	Anzahl	8 783	9 289	8 510	7 074	8 625	9 489	9 039	7 492	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	593	568	591	617	552	651	536	486	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 299 p	1 185	1 237	961	871	1 290 r	1 271 p	978 p	964
* Getötete Personen	Anzahl	22 p	22	14	23	16	24 r	28 p	18 p	9
* Verletzte Personen	Anzahl	1 721 p	1 556	1 641	1 291	1 128	1 678 r	1 679 p	1 351 p	1 296

<sup>1</sup> ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

<sup>2</sup> mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

<sup>3</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1995/96			1996/97				
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>GELD UND KREDIT</b>											
<b>Insolvenzen</b>											
*	Insolvenzen insgesamt	Anzahl	73	80	86	86	81	87	46	110	93
*	Unternehmen	Anzahl	59	66	74	73	64	72	35	91	76
*	übrige Gemeinschaftler	Anzahl	14	14	12	13	17	15	11	19	17
*	Beantragte Konkurse	Anzahl	73	80	86	86	81	86	46	109	93
*	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	50	55	51	56	59	56	32	70	73
<b>Kredite und Einlagen<sup>1</sup></b>											
			4-Monats-durchschnitt <sup>3</sup>								
	Kredite <sup>2</sup> an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	124 831	...	-	129 045	-	-	-	...	-
	darunter										
	Kredite <sup>2</sup> an inländische Nichtbanken	Mill. DM	122 658	...	-	126 522	-	-	-	...	-
	kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 735	...	-	15 161	-	-	-	...	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 439	...	-	14 843	-	-	-	...	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	296	...	-	318	-	-	-	...	-
	mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 424	...	-	7 458	-	-	-	...	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 534	...	-	5 825	-	-	-	...	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 890	...	-	1 633	-	-	-	...	-
	langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	100 500	...	-	103 903	-	-	-	...	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	74 630	...	-	77 155	-	-	-	...	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	25 869	...	-	26 748	-	-	-	...	-
	Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>2</sup> von Nichtbanken	Mill. DM	81 741	...	-	85 672	-	-	-	...	-
	Sichteinlagen und Termingelder										
	von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	55 226	...	-	57 863	-	-	-	...	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	49 262	...	-	51 695	-	-	-	...	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 965	...	-	6 168	-	-	-	...	-
	Spareinlagen	Mill. DM	25 376	...	-	26 765	-	-	-	...	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 001	...	-	26 387	-	-	-	...	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	376	...	-	378	-	-	-	...	-
<b>STEUERN</b>											
<b>Steueraufkommen nach der Steuerart</b>											
			Vierteljahres-durchschnitt		4.Vj.95			4.Vj.96			
	Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 277	...	-	4 999	-	-	-	...	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	2 002	...	-	2 460	-	-	-	...	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	280	...	-	372	-	-	-	...	-
	nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	78	...	-	71	-	-	-	...	-
	Zinsabschlag	Mill. DM	53	...	-	46	-	-	-	...	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	272	...	-	267	-	-	-	...	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	1 404	...	-	1 526	-	-	-	...	-
	Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	120	...	-	124	-	-	-	...	-
	Bundessteuern	Mill. DM	253	...	-	278	-	-	-	...	-
	Versicherungsteuer	Mill. DM	46	...	-	18	-	-	-	...	-
	Landessteuern	Mill. DM	295	...	-	278	-	-	-	...	-
	Vermögensteuer	Mill. DM	57	...	-	65	-	-	-	...	-
	Grunderwerbsteuer	Mill. DM	55	...	-	51	-	-	-	...	-
	Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	...	-	111	-	-	-	...	-
	Gemeindesteuern	Mill. DM	424	...	-	443	-	-	-	...	-
	Grundsteuer A	Mill. DM	8	...	-	8	-	-	-	...	-
	Grundsteuer B	Mill. DM	101	...	-	95	-	-	-	...	-
	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	...	-	330	-	-	-	...	-
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft</b>											
	Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 291	...	-	2 627	-	-	-	...	-
	Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 038	...	-	2 349	-	-	-	...	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	851	...	-	1 045	-	-	-	...	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	119	...	-	158	-	-	-	...	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	...	-	134	-	-	-	...	-
	Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	854	...	-	924	-	-	-	...	-
	Steuereinnahmen des Landes <sup>4</sup>	Mill. DM	2 461	...	-	2 727	-	-	-	...	-
	Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 117	...	-	2 417	-	-	-	...	-
	Lohnsteuer und Lohnsteuererlegung	Mill. DM	1 045	...	-	1 205	-	-	-	...	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	115	...	-	157	-	-	-	...	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	125	...	-	129	-	-	-	...	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	610	...	-	662	-	-	-	...	-
	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	776	...	-	1 190	-	-	-	...	-
	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>5</sup>	Mill. DM	229	...	-	202	-	-	-	...	-
	Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	417	...	-	874	-	-	-	...	-

<sup>1</sup> Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postsparkassen- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

<sup>2</sup> einschließlich durchlaufender Kredite <sup>3</sup> Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

<sup>4</sup> einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen <sup>5</sup> nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.



	1995	1996	1995/96			1996/97			
	Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
<b>PREISE</b>									
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100</b>									
Einfuhrpreise <sup>2</sup>	97,3	97,8	96,8	97,1	97,5	98,2	98,2	99,0	...
Ausfuhrpreise <sup>2</sup>	103,3	103,5	103,3	103,2	103,4	103,5	103,4	103,5	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes <sup>1,2</sup> 1985 = 100	91,8	...	91,1	91,2	90,7	90,7	90,6	...	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte <sup>2</sup>	104,0	103,5	104,1	104,1	103,4	103,8	103,8	103,8	...
landwirtschaftlicher Produkte <sup>1,2</sup> 1985 = 100	87,1	...	85,4	86,6	86,0	83,7	82,2	...	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude <sup>1</sup>	115,4	115,3	115,7	.	.	.	115,0	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>1,2</sup> 1985 = 100	102,2	...	101,2	102,2	103,2	104,9	104,2	...	...
Einzelhandelspreise	106,7	107,6	106,7	106,8	107,1	107,7	107,6	107,7	108,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte <sup>1</sup> darunter für	112,5	114,1	112,7	113,0	113,1	114,4	114,3	114,6	115,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>1</sup>	108,6	109,6	108,1	108,3	108,9	109,0	109,4	109,5	110,5
Bekleidung, Schuhe <sup>1</sup>	108,4	109,3	108,8	108,8	108,9	109,5	109,7	109,7	109,6
Wohnungsmieten <sup>1</sup>	121,3	124,8	122,7	123,0	123,4	125,7	125,9	126,3	126,8
Energie (ohne Kraftstoffe) <sup>1</sup>	101,4	99,6	101,2	101,8	98,2	102,4	101,3	101,7	103,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung <sup>1</sup>	109,9	110,9	110,4	110,5	110,6	111,2	111,2	111,2	111,2
<b>LÖHNE UND GEHÄLTER<sup>3</sup></b>									
- Effektivverdienste in DM -									
<b>Arbeiter im Produzierenden Gewerbe<sup>4</sup></b>									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 001	1 022	.	.	978	1 027	.	.	...
darunter Facharbeiter	1 051	1 075	.	.	1 026	1 082	.	.	...
weibliche Arbeiter	721	734	.	.	726	735	.	.	...
darunter Hilfsarbeiter	688	698	.	.	689	700	.	.	...
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,01	26,71	.	.	26,39	26,81	.	.	...
darunter Facharbeiter	27,45	28,27	.	.	27,94	28,39	.	.	...
weibliche Arbeiter	19,08	19,59	.	.	19,41	19,56	.	.	...
darunter Hilfsarbeiter	18,09	18,49	.	.	18,33	18,46	.	.	...
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,3	38,1	.	.	37,1	38,3	.	.	...
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,8	37,4	.	.	37,4	37,6	.	.	...
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>									
<b>Produzierendes Gewerbe<sup>4</sup></b>									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 221	6 434	.	.	6 346	6 484	.	.	...
weiblich	4 322	4 495	.	.	4 428	4 524	.	.	...
technische Angestellte									
männlich	6 361	6 575	.	.	6 506	6 596	.	.	...
weiblich	4 358	4 520	.	.	4 484	4 545	.	.	...
<b>Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 071	5 076	.	.	5 063	5 083	.	.	...
weiblich	3 681	3 689	.	.	3 683	3 691	.	.	...
technische Angestellte									
männlich	4 522	4 810	.	.	4 760	4 789	.	.	...
weiblich	3 523	3 354	.	.	3 547	3 326	.	.	...
<b>Produzierendes Gewerbe<sup>4</sup>, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen</b>									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 404	5 419	.	.	5 395	5 435	.	.	...
weiblich	3 855	3 870	.	.	3 853	3 878	.	.	...
technische Angestellte									
männlich	6 116	6 254	.	.	6 239	6 261	.	.	...
weiblich	4 236	4 413	.	.	4 376	4 440	.	.	...

<sup>1</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

<sup>2</sup> ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

<sup>3</sup> Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Erhebungsmonate möglich.

<sup>4</sup> Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.08.1996				Bevölkerungsveränderung im August 1996			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1997 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs-gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs-zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2</sup>	Verletzte	
		Vormonat	Vorjahres-monat <sup>1</sup>							
		%								
FLENSBURG	86 661	- 0,1	- 1,0	+ 5	- 63	- 58	17	-	20	
KIEL	244 511	- 0,0	- 0,8	+ 7	- 40	- 33	97	-	120	
LÜBECK	216 068	+ 0,1	- 0,5	- 45	+ 207	+ 162	73	1	84	
NEUMÜNSTER	81 869	+ 0,1	- 0,2	- 5	+ 74	+ 69	29	-	38	
Dithmarschen	134 455	+ 0,1	+ 0,9	+ 1	+ 112	+ 113	62	-	92	
Herzogtum Lauenburg	171 090	+ 0,1	+ 1,1	+ 12	+ 179	+ 191	54	1	67	
Nordfriesland	160 669	+ 0,2	+ 1,1	+ 11	+ 244	+ 255	57	1	62	
Ostholstein	198 155	+ 0,0	+ 0,4	- 41	+ 88	+ 47	86	2	136	
Pinneberg	283 963	+ 0,1	+ 0,7	+ 77	+ 300	+ 377	87	-	114	
Plön	126 162	+ 0,0	+ 0,9	0	+ 60	+ 60	47	-	70	
Rendsburg-Eckernförde	259 688	+ 0,0	+ 1,1	+ 40	+ 75	+ 115	110	1	149	
Schleswig-Flensburg	189 710	+ 0,1	+ 1,1	+ 30	+ 184	+ 214	54	1	83	
Segeberg	238 673	+ 0,1	+ 1,1	+ 53	+ 251	+ 304	82	2	111	
Steinburg	133 559	+ 0,1	+ 0,5	+ 19	+ 174	+ 193	36	-	46	
Stormarn	210 706	+ 0,2	+ 1,2	+ 43	+ 359	+ 402	73	-	94	
Schleswig-Holstein	2 735 939	+ 0,1	+ 0,6	+ 207	+ 2 204	+ 2 411	964	9	1 296	

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>			Kraftfahrzeugbestand <sup>5</sup> am 01.01.1997		
	Betriebe am 31.12.1996	Beschäftigte am 31.12.1996	Umsatz <sup>4</sup> im Dez. 1996 Mill. DM	ins-gesamt	Pkw <sup>6</sup>	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner <sup>7</sup>
FLENSBURG	55	8 675	454	44 276	38 713	447
KIEL	109	15 980	509	121 517	106 187	434
LÜBECK	114	15 690	369	110 539	96 993	449
NEUMÜNSTER	66	7 181	124	46 429	40 318	492
Dithmarschen	62	6 668	380	87 927	70 825	527
Herzogtum Lauenburg	101	7 658	175	109 633	93 529	547
Nordfriesland	49	2 680	67	106 700	86 234	537
Ostholstein	75	5 340	116	123 078	103 935	525
Pinneberg	179	17 025	460	172 118	147 751	520
Plön	36	2 482	43	77 687	64 780	513
Rendsburg-Eckernförde	106	7 505	174	167 711	138 861	535
Schleswig-Flensburg	72	4 042	107	124 397	100 476	530
Segeberg	187	16 459	442	165 352	139 495	584
Steinburg	74	7 652	229	86 474	70 420	527
Stormarn	166	19 447	552	140 035	120 915	574
Schleswig-Holstein	1 451	144 484	4 202	1 683 873	1 419 432	519

<sup>1</sup> nach dem Gebietsstand vom 31.08.1996

<sup>2</sup> einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

<sup>3</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

<sup>4</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>5</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

<sup>6</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

<sup>7</sup> Bevölkerungsstand: 31.08.1996

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11



# Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup>		
	Einwohner am 30.06.1996		Arbeitslose Ende Januar 1997			Kurzarbeiter Mitte Januar 1997	offene Stellen Ende Januar 1997	Be- schäftigte am 30.11.1996	Umsatz <sup>3</sup> im November 1996	
	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 344,0	+ 0,5	402,9	+ 12,3	9,2	39,8	43,0	1 218	31 477	33
Bayern	12 014,7	+ 0,5	527,1	+ 14,2	10,4	33,1	48,1	1 198	33 322	34
Berlin	3 467,3	- 0,1	259,5	+ 10,4	16,8	7,4	5,9	132	4 773	14
Brandenburg	2 545,5	+ 0,4	227,5	+ 14,5	19,8	12,5	7,9	91	2 005	10
Bremen	678,7	- 0,2	48,2	+ 10,4	17,1	5,3	1,9	66	2 464	46
Hamburg	1 708,5	+ 0,1	92,6	+ 8,4	12,9	3,9	4,0	109	9 827	12
Hessen	6 016,3	+ 0,4	274,9	+ 15,9	10,9	21,8	22,2	501	13 579	32
Mecklenburg-Vorpommern	1 820,6	- 0,4	176,6	+ 11,0	21,5	6,4	4,5	47	1 072	15
Niedersachsen	7 795,1	+ 0,7	452,3	+ 10,5	14,1	25,3	31,9	546	18 783	36
Nordrhein-Westfalen	17 908,5	+ 0,4	921,3	+ 10,8	12,7	57,6	62,3	1 563	44 111	30
Rheinland-Pfalz	3 983,3	+ 0,5	183,6	+ 19,2	11,6	15,0	21,4	309	8 882	39
Saarland	1 083,1	+ 0,0	58,9	+ 12,7	14,1	9,5	3,5	107	2 420	37
Sachsen	4 557,2	- 0,4	382,7	+ 8,4	18,9	19,2	10,9	208	3 629	12
Sachsen-Anhalt	2 731,5	- 0,7	279,4	+ 12,9	22,4	14,4	11,2	108	2 320	11
Schleswig-Holstein	2 730,6	+ 0,6	139,1	+ 15,5	12,3	9,8	10,5	146	4 430	30
Thüringen	2 496,7	- 0,6	231,6	+ 9,4	20,3	11,8	8,0	110	2 189	18
Bundesrepublik Deutschland	81 881,6	+ 0,3	4 658,3	+ 12,0	13,5	292,6	297,2	6 459	185 284	30
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 430,6	+ 0,4	3 265,6	+ 12,6	11,9	224,5	252,2	5 873	173 655	31
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 451,0	- 0,3	1 392,6	+ 10,7	19,9	68,2	45,0	586	11 629	13

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr <sup>5</sup> im Oktober 1996		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden <sup>6</sup> im November 1996				
	Beschäftigte am 30.09.1996	Baugewerblicher Umsatz <sup>3</sup> im September 1996			Zahl der genehmigten Wohnungen im September 1996	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM	Ver- änderung <sup>1</sup>				Anzahl	Ver- änderung <sup>1</sup>	Anzahl	Ver- änderung <sup>1</sup>
	%			%	%						
Baden-Württemberg	130	1 945	- 5,7	5 552	1 179 942	3 612 001	- 1,3	3 230	+ 9,6	4 496	139
Bayern	211	3 280	- 3,8	6 673	1 949 992	6 634 169	+ 1,2	4 857	+ 3,0	6 811	140
Berlin	50	1 202	+ 8,0	1 622	344 017	797 529	+ 7,6	1 401	+ 3,1	1 690	121
Brandenburg	64	1 102	+ 3,8	3 130	214 482	654 337	+ 14,5	1 395	- 3,7	1 827	131
Bremen	8	148	- 6,9	77	57 010	104 544	+ 2,8	263	- 11,7	332	126
Hamburg	18	487	+ 13,2	1 092	220 042	400 699	- 1,4	766	- 7,5	1 022	133
Hessen	75	1 214	- 3,9	2 913	820 146	2 383 147	- 4,1	2 211	- 4,6	2 971	134
Mecklenburg-Vorpommern	47	733	- 0,8	1 915	247 369	845 252	+ 6,0	918	+ 4,8	1 229	134
Niedersachsen	111	1 810	- 3,4	3 160	888 649	3 197 695	+ 0,3	3 687	+ 5,8	4 791	130
Nordrhein-Westfalen	194	2 941	- 10,5	7 004	1 250 801	3 485 909	- 3,5	5 948	- 5,3	7 671	129
Rheinland-Pfalz	47	712	- 2,6	1 798	674 700	2 038 347	+ 2,9	1 390	- 1,2	1 896	136
Saarland	14	202	- 5,8	302	53 074	196 972	+ 0,6	444	+ 11,6	597	134
Sachsen	129	1 958	+ 2,6	4 523	448 937	1 291 388	+ 27,7	1 787	+ 7,1	2 368	133
Sachsen-Anhalt	82	1 139	- 7,9	2 333	195 370	518 956	+ 5,5	1 263	+ 2,8	1 648	130
Schleswig-Holstein	43	692	+ 1,4	1 501	353 337	1 754 444	- 2,0	1 271	+ 2,7	1 707	134
Thüringen	60	818	- 3,5	1 614	260 472	740 381	+ 3,8	1 043	+ 1,4	1 455	140
Bundesrepublik Deutschland	1 283	20 383	- 3,0	45 209	9 158 340	28 655 770	+ 1,3	32 634	+ 3,5	43 503	133
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	884	14 329	- 3,6	30 627	7 707 334	24 415 577	- 0,5	25 645	+ 3,4	34 279	134
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	398	6 053	- 1,5	14 582	1 451 006	4 240 193	+ 12,6	6 989	+ 4,0	9 224	132

<sup>1</sup> gegenüber Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

<sup>3</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>4</sup> Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

<sup>6</sup> Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im  
Statistischen Landesamt  
Schleswig-Holstein

## **Erläuterungen**

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

## **Zeichenerklärung**

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- ( ) = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht